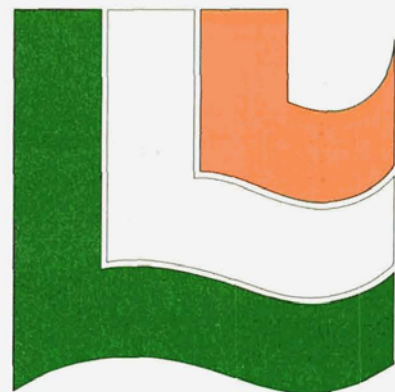


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 12



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 21. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 21. 8. 1990

## WORT UND WIDERWORT

### Müll: Sollen Einwegpackungen gesetzlich verboten werden?

Die Einführung einer Pfand- und Rücknahmepflicht bietet keinerlei Gewähr dafür, daß das vom Händler zurückgenommene Verpackungsmaterial nicht doch anschließend auf einer Müllhalde oder in einer Verbrennungsanlage landet. Nur ein grundsätzliches Verbot von Einwegverpackungen könne Abfall vermeiden. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Klaus Strehl**. Die CDU-Abgeordnete **Dr. Annemarie Schräps** betont, ein generelles Verbot von Einwegverpackungen zur Lösung des Problems scheinbar eine verlockende Möglichkeit zu sein, die Müllflut einzudämmen. Dies sei aber nicht durchführbar, wenn berücksichtigt würde, welche Bandbreiten von Produkten allein im Haushalt, neben dem Getränkebereich, vorhanden seien, die ein generelles Verbot nicht zuließen. Der F.D.P.-Abgeordnete **Hans-Joachim Kuhl** unterstreicht, die Industrie habe genügend Zeit gehabt, von sich aus tätig zu werden. Da dieses nicht geschehen sei, sei nun der Gesetzgeber gefordert, bestimmte Einwegverpackungen gesetzlich zu verbieten. Deshalb unterstütze die F.D.P. die Forderung nach einem generellen Verbot u.a. von Aluminium- und Weißblechdosen sowie PVC-Getränkflaschen. Die Abgeordnete der GRÜNEN, **Dr. Katrin Grüber**, geht davon aus, die Zeichen der Zeit stünden auf Müllvermeidung und dazu gehöre ein weitestgehendes Kreislaufsystem für Verpackungen. Im Bereich der Getränke sei ein Verbot von Einwegverpackungen ohne Probleme kurzfristig umzusetzen, wenn der politische Wille vorhanden sei. (Seite 2)

## Autoverkehr und Abrüstung auf plenarem Prüfstand

### Debatte über Regierungserklärung

Die Aussprache über die Regierungserklärung, die Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) zur Politik der Landesregierung in der elften Wahlperiode am vergangenen Mittwoch im Landesparlament abgegeben hat, bildet den Schwerpunkt der Plenarberatungen in dieser Woche.

Das Plenum beginnt am Mittwoch, 22. August, um 10 Uhr mit der Fortsetzung der Fragestunde vom 15. August. Danach folgt die Aussprache über die Regierungserklärung vom 15. August, bei der jeder Fraktion sowie der Landesregierung je 90 Minuten an Redezeit zur Verfügung stehen. Die Aussprache ist einziger Tagesordnungspunkt am 22. August.

Am Donnerstag, 23. August, beginnen die Plenarberatungen ebenfalls um 10 Uhr mit einer Aktuellen Stunde auf Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN zum Thema „Einschränkung des Autoverkehrs aufgrund der Erhöhung der Ozonwerte in Nordrhein-Westfalen“.

Es folgt die erste Lesung eines Nachtrags Haushaltsgesetzes im Entwurf der Landesregierung sowie die Beratung eines Antra-

ges der SPD-Fraktion zu Abrüstung-Auswirkungen für Nordrhein-Westfalen. Auf Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN befaßt sich der Landtag abschließend mit der Schließung des militärischen Flugplatzes der Royal Air Force in Wegberg-Wildenrath.

## Die Woche im Landtag

### Regierungserklärung

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hat sich in einer zweistündigen Regierungserklärung zu den Eckpunkten seiner Politik in der elften Wahlperiode geäußert. (Seite 3)

### Asylrecht

Wegen der Probleme mit der steigenden Zahl von Zuwanderern hat der Landtag über Maßnahmen zur Eindämmung beraten. (Seite 4)

### Waffengeschäfte

Auch in Nordrhein-Westfalen hat die Staatsanwaltschaft Ermittlungsverfahren wegen illegaler Waffengeschäfte mit dem Irak eingeleitet. (Seite 5)

### Zuständigkeit

Vom Arbeitsschutz bis zur Zentralstelle für den Bergmannversorgungsschein reicht die Zuständigkeit des Arbeitsministeriums, in dessen Organisationsstruktur der Arbeitsausschuß Einblick nahm. (Seite 9)

### Brandenburg

Über den Aufbau einer Parlamentsverwaltung für das neue Land Brandenburg hat der Landtagsdirektor Gespräche in Potsdam geführt. (Seite 11)

### Jugendhilfe

Der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie hat sich mit den Auswirkungen eines neu geordneten Kinder- und Jugendhilferechts befaßt. (Seite 12)



Tanz auf dem Vulkan

Zeichnung: Nik Ebert (Rheinische Post)

## WORT UND WIDERWORT

# Über grundsätzliches Verbot gehen Meinungen auseinander

Von  
Klaus Strehl

In der auf Initiative der Landesregierung hin zustande gekommenen Entschließung des Bundesrates vom 16. März 1990 wird u. a. ein gesetzliches Verbot von Einweg-Getränke-Verpackungen für den Fall gefordert, daß sich durch eine Pfandregelung keine drastische Verringerung des daraus entstehenden Abfalls erzielen läßt.

Die Einführung einer Pfand- und Rücknahmepflicht bietet keinerlei Gewähr dafür, daß das vom Händler zurückgenommene Verpackungsmaterial nicht doch anschließend auf einer Müllhalde oder in einer Verbrennungsanlage landet.

Der von Bundesminister Töpfer vorgelegte Entwurf einer Verpackungsverordnung mit der darin enthaltenen Verpflichtung der Einzelhändler zur Rücknahme aller Verpackungsabfälle und der Einführung einer Pfandpflicht für alle Getränke verkennt, daß auf diesem Wege eine Verringerung der Verpack-

Von  
Dr. Annemarie Schraps

Ein besonderes „Müll-Sorgenkind“ ist die Menge des Hausmülls, der zu 50 Prozent (Volumen) bzw. 35 Prozent (Gewicht) aus Verpackungsmaterial besteht. 1,2 Millionen Tonnen allein beträgt das Gewicht der Getränkeverpackungen.

Hausmüllverringerung bedeutet also, daß der Schwerpunkt auf die Verpackungsverringerung gelegt werden muß, eine Herausforderung für Hersteller, Verbraucher und Entsorger.

Ein generelles Verbot von Einwegverpackungen zur Lösung des Problems scheint eine verlockende Möglichkeit zu sein, die Müllflut einzudämmen. Dies ist aber nicht durchführbar, wenn berücksichtigt wird, welche Bandbreiten von Produkten allein im Haushalt, neben dem Getränkebereich, vorhanden sind, die ein generelles Verbot aus hygienischen, technischen oder gesundheitlichen Gründen nicht zulassen.

Es ist aber möglich, die Vermeidung und Verwertung von Abfällen durch Rechtsverordnung zu forcieren. Dazu gehört die Kennzeichnungspflicht, um

Von  
Hans-Joachim Kuhl

Ganz nüchtern betrachtet muß zunächst festgestellt werden, daß durch ein Verbot von Einwegverpackungen eine Reduktion des gesamten Siedlungsabfalls um lediglich ein Prozent erzielt werden kann. Dieses soll nicht davor täuschen, daß jede Verringerung unseres Abfallbergs wünschenswert und notwendig ist.

Insofern weist der von Umweltminister Töpfer vorgelegte neue Verordnungsentwurf über die Vermeidung von Verpackungsabfällen in die richtige Richtung, geht uns jedoch nicht weit genug. Die Industrie hatte genügend Zeit von sich aus tätig zu werden. Da dieses nicht geschah, ist nun der Gesetzgeber gefordert, bestimmte Einwegverpackungen gesetzlich zu verbieten. Deshalb unterstützen wir die Forderung nach einem generellen Verbot für Aluminium- und Weißblechdosen, Getränkeflaschen aus PVC und für Einwegverpackungen von mehr als 0,2 l Inhalt. Wünschenswert wäre darüber hinaus eine Quotenregelung zur Beschränkung aller übrigen Einwegverpackungen auf fünf bis zehn Prozent des gesamten verpackten Getränkevo-

Von  
Dr. Katrin Grüber

Schon vor Jahren gab es den Vorstoß, Einweggetränkeverpackungen per Gesetz zu verbieten. Dies ist u. a. wegen des Drucks einer bekannten Handelskette unterblieben („Lex Aldi“). Dieser Tage denkt auch Bundesumweltminister Töpfer darüber nach, Verpackungen zu verbieten, die weder wiederverwendet (Mehrwegflaschen) noch wiederverwertet werden können (Kartons bzw. Plastikgefäße bekannter Zusammensetzung).

Eine durchaus vernünftige Lösung, da sie über den Getränkebereich hinausgeht. Dieser Vorschlag widerspricht allerdings der im Moment diskutierten Verpackungsverordnung aus dem Bundesumweltministerium, die noch in diesem Jahr den Bundesrat passieren soll. Der Entwurf sieht vor, daß Verpackung in industrieeigenen Öfen verbrannt werden darf, wenn sie weder wieder in Umlauf gebracht werden noch recycelt werden kann (dies ist seit der Novellierung des Bundesimmissionsschutzgesetzes Anfang des Jahres möglich).

### **SPD: Ohne gesetzliches Verbot keine Entlastung**

kungen nicht zu erreichen ist. Solange die Industrie nicht durch Verbote des Bundesgesetzgebers daran gehindert wird, unnötige und aufwendige Verpackungen herzustellen, wird die Verpackungsflut nicht zu stoppen sein.

Nur ein grundsätzliches Verbot von Einwegverpackungen kann Abfall vermeiden. Die Verpackung von Flüssigkeiten ist der wichtigste Bereich, in dem sich durch den stringenten Ausbau der Mehrwegsyste-me die Verpackungslawine effizient eindämmen läßt.

Das zum Töpfer-Entwurf am 7. August 1990 durchgeführte Hearing hat deutlich werden lassen, daß, solange nicht wirklich brauchbare Instrumente eingesetzt werden, in der Sache nichts zu erreichen ist und der Gutgläubige gleichwohl zur Kasse gebeten wird, ohne sich dagegen wehren zu können.

### **CDU: Abfallvermeidung forcieren**

ordnungsgemäße Wiederverwendung oder Entsorgung zu gewährleisten, sowie die Trennung von Müll an der Entstehungsstelle, um Verwertbarkeit, Wiederaufarbeitung oder ebenfalls Entsorgung zu ermöglichen. Als weiteres Regulativ kann eine differenzierte Rücknahmeverpflichtung des Verpackungsmaterials für Hersteller und Vertrieber einer Ware eingesetzt werden.

Das von Minister Töpfer erwogene Zwangspfand für alle Getränkeverpackungen könnte dabei eine zusätzliche, wichtige Maßnahme zur Müllvermeidung sein.

Die Frage der Rücknahmepflicht bedarf in Industrie und Handel noch breiter Diskussion, damit Akzeptanz entsteht. Einbezogen werden in diese Diskussion muß auch das von der Arbeitsgemeinschaft Verpackung und Umwelt e.V. vorgeschlagene Konzept einer dualen Abfallwirtschaft.

### **F.D.P.: Weg von ex und hopp!**

lumens eines Herstellers oder Importeurs. Durch das Verbot sollen hochwertige Rohstoffe wie Aluminium- und Weißblech sowie problematische Stoffe wie PVC vom Abfall ferngehalten werden. Verfolgt werden müßte eine Doppelstrategie: Quantitative Abfallverminderung einerseits, qualitative Abfallverbesserung andererseits. Es steht zweifelsfrei fest, daß Mehrweggebilde weniger Energie verbrauchen sowie weniger die Luft und das Wasser belasten als Einweggebilde.

Die vorgeschlagene Quotenregelung berücksichtigt, daß im Freizeit- und Sportbereich ein Bedürfnis nach leichten, nicht zerbrechlichen Einwegverpackungen besteht. Bei der eingeschränkten Menge wird gleichzeitig verhindert, daß sich diese im Heimkonsum etablieren. Die im Verordnungsentwurf Töpfers vorgesehene Befreiung von der Rücknahme und Pfandpflicht führt direkt in die Einweggesellschaft. Die Mehrfachverwendung wird damit gekillt.

### **DIE GRÜNEN: Einweg ist kein Weg**

Die Zeichen der Zeit stehen auf Müllvermeidung und dazu gehört ein weitestgehendes Kreislaufsystem für Verpackungen. Im Bereich der Getränke ist ein Verbot von Einwegverpackungen ohne Probleme kurzfristig umzusetzen, wenn der politische Wille vorhanden ist. Bei den übrigen Verpackungen wird dies nur stufenweise gehen und hilfsweise ist eine weitestgehende stoffliche Verwertung wünschbar. Dazu gehört aber auch die Pflicht zur Kennzeichnung von Verpackungen, damit Verbraucher und Verbraucherinnen entscheiden können, welcher Art von Verpackung sie den Vorzug geben.

Zu hoffen bleibt, daß man im Landtag nicht auf ein Verbot bzw. die Verordnung wartet, sondern daß ab sofort in der Kantine Getränke, Joghurt etc. ausschließlich in Mehrwegflaschen angeboten werden und auf Einweggeschirr verzichtet wird.

## Ministerpräsident umriß in Regierungserklärung Eckpunkte seiner Politik

# Rau: „Wir in Nordrhein-Westfalen wollen das vereinte Deutschland und wir wollen die Europäische Union!“

Unter dem Titel „Nordrhein-Westfalen geht seinen Weg: Praktische Reformen in einer Zeit neuer Herausforderungen“ hat sich Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) in einer rund drei Monate nach den Landtagswahlen abgegebenen Regierungserklärung zu Leitlinien und Schwerpunkten der Regierungsarbeit in der elften Legislaturperiode geäußert. Vor dem Landtag erklärte Rau am Mittwoch, 15. August, die Nord-Süd-Frage, die Veränderungen in Europa einschließlich der europäischen Einigung sowie die deutsche Einheit zu Herausforderungen von entscheidendem Gewicht auch für die Landespolitik. Das Sozialstaatsangebot müsse genauer gefaßt und der Umweltschutz zum Staatsziel erklärt werden. Über eine neue deutsche Verfassung sollten die Bürger in einem Volksentscheid befinden. Der Regierungschef wandte sich aber auch den Aufgabenstellungen und Problemen im Land Nordrhein-Westfalen zu. Über zwei Stunden erläuterte er seine Vorstellungen, angefangen vom veränderten Altersaufbau der Gesellschaft bis zur Frage nach dem Sitz künftiger Bundesregierungen und dem Asylrecht.



Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) bei seiner Regierungserklärung.

Foto: Schüler

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) sagte, an der Wende zum dritten Jahrtausend werde die Nord-Süd-Frage die zentrale Aufgabe internationaler Politik. Er habe die Absicht, einen Nord-Süd-Beauftragten zu berufen, der helfen solle, die drängenden Probleme der Dritten Welt noch stärker in das allgemeine Bewußtsein zu bringen. Er werde die Landesregierung bei ihren Entscheidungen beraten.

Die zweite große und vielfach noch unterschätzte Herausforderung für das Land NRW wachse aus den Veränderungen in Europa. Die Freiheitsbewegung der Menschen im Südosten, Osten und in der Mitte Europas habe für alle eine völlig veränderte Lage geschaffen. Die deutsche Einheit, der beschleunigte Prozeß der europäischen Einigung, das Schwinden der Feindbilder verlange „von uns allen“ neues Denken und Handeln. Der Europäische Binnenmarkt solle in dieser Legislaturperiode vollendet werden. „Als starke Region im Herzen Europas, als Zentrum im Westen, tragen wir Mitverantwortung weit über unser Land hinaus“, sagte der Regierungschef. NRW habe seine Präsenz in Brüssel wie in Berlin auf- und ausgebaut. Man werde diese Präsenz verstärken und auf weitere Metropolen in Europa und darüber hinaus ausdehnen.

Die europäische Einigung werde dazu führen, daß die EG und die Regionen, bei uns die Länder, an Bedeutung gewinnen. Das bedeute: Das Europäische Parlament brauche endlich parlamentarische Rechte. NRW werde der Vereinigung der Regionen in Europa beitreten, damit noch deutlicher werde, welche Bedeutung „wir einem Europa beimessen, das sich auf starke Regionen und auf eine leistungsfähige kom-

munale Selbstverwaltung gründet“. Die dritte große und ganz neue Herausforderung erwachse aus der Vereinigung der beiden Teile Deutschlands. „Wir in Nordrhein-Westfalen wollen das vereinte Deutschland und wir wollen die Europäische Union“, betonte Rau.

Zum Thema deutsche Einheit hielt Rau Eckpunkte für richtig, wonach die Volkskammer unverzüglich den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes erklären sollte, und Grundlage des vereinten Deutschlands sollte das Grundgesetz sein. Es sei auch heute noch ein großartiges Angebot. Aber die Position der Länder im föderalen Staatswesen müsse gestärkt, das Sozialstaatsangebot des Grundgesetzes konkretisiert, der Umweltschutz als Staatsziel aufgenommen und die neue auf dem Grundgesetz aufbauende Verfassung den Staatsbürgern zur Entscheidung vorgelegt werden. Der Ministerpräsident erinnerte daran, daß NRW für den „Fonds Deutsche Einheit“ mehr als 30 Milliarden Mark für Zins und Tilgung aufbringen werde.

Zu Veränderungen in NRW sagte er, der veränderte Altersaufbau werde Auswirkungen auf die Landespolitik haben. Die wachsende Zahl Älterer werde die Gesellschaft in den 90er Jahren stark prägen. Familien, die sich um ihre Angehörigen kümmerten und ehrenamtliche Helfer seien durch niemanden zu ersetzen. Zur praktischen Reformpolitik erklärte er ferner, die tatsächliche gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern müsse weiter vorangebracht werden. Ziel sei es bis 1995, in NRW mindestens 100 000 zusätzliche Plätze in Kindergärten und Kindertagesstätten entstehen zu lassen.

Rau erinnerte dann an eine NRW-Initiative im Bundesrat zur Bekämpfung der Woh-

nungsnot, mit der man bei Erfolg jährlich rund 33 000 Wohnungen bauen könnte. Er forderte, die Sozialbindung von Wohnungen sollte für einen möglichst langen Zeitraum erhalten bleiben. Er berichtete, daß die Arbeitslosigkeit in den letzten zwölf Monaten zurückgegangen sei, in NRW stärker als im Bundesdurchschnitt. Als Gebot der Stunde sah er nicht eine Beschneidung des Arbeitsförderungsgesetzes, sondern seine grundlegende Reform an.

Ziel sei es auch, daß NRW bis 1995 zur grünen Industrieregion Europas werde. Die Investitionen in Umwelttechnik seien gestiegen wie nie zuvor. Man müsse neue Wege gehen. Man brauche eine ökologische Neuausrichtung aller Produktionsprozesse und integrierte Umwelttechnik. Die Landesregierung halte den Weg für richtig, durch höhere Besteuerung der Energienutzung und durch gezielte Umweltafgaben umweltverträgliches Wirtschaften zu fördern und umweltschädigendes Verhalten unwirtschaftlich zu machen.

Rau versprach, dem Landtag eine Novelle zum Landesabfallgesetz vorzulegen. Die Landesregierung lehne aus ökologischen Gründen grundsätzlich die Ablagerung organischer Inhaltsstoffe auf Deponien und den Abfallexport ab. Die Kosten der Abwasserbeseitigung sollten grundsätzlich durch Gebühren finanziert werden.

Zur Naturschutzpolitik sagte Rau, in einem Konzept „Natur 2000“ wolle die Landesregierung laufende Naturschutzprogramme zusammenfassen und neue Akzente setzen. Man wolle einen landesweiten Biotop-Verbund schaffen. Rau sprach sich gegen Agrarfabriken und Massentierhaltung aus. Im Zusammenhang mit der internationalen Bauausstellung wolle man ein spezielles „Ökologieprogramm Emscher-Lippe-Raum“ verwirklichen. Fortsetzung Seite 8

## Asylrecht: Fraktionen lehnen CDU-Forderung nach Grundgesetzänderung ab

*Auf Antrag der CDU-Fraktion hat sich der Landtag am 16. August in einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Wirksamere Bekämpfung des Asylmißbrauchs durch Änderung des Grundgesetzes und Beschleunigung des Asylverfahrens“ auseinandergesetzt.*

**Dr. Helmut Linssen**, CDU-Fraktionsvorsitzender, bekannte sich in Verantwortung vor der Geschichte zum Recht auf Asyl; darum wolle man, daß auch in Zukunft politisch Verfolgte in der Bundesrepublik Asyl und Zuflucht finden könnten. „Aber wenn wir dies ausdrücklich wollen, dann müssen wir den massiven Mißbrauch des Asylrechts mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen“, fügte er hinzu. Die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland, die Lage sei alarmierend. NRW verzeichne derzeit einen „Zugangsrekord“: In diesem Jahr gebe es 55 Prozent — „darunter tausende Sinti und Roma“ — mehr Asylbewerber als im gleichen Vorjahreszeitraum. Der Unmut der Bürger nehme zu, Ausländerfeindlichkeit drohe. Die Verantwortung trage die Landesregierung, sie baue nicht Anreize ab, sondern gebe etwa mit dem Bleiberecht für Sinti und Roma neue Anreize zur Zuwanderung. Man könne auf eine „zeitgemäße Ergänzung“ des Grundgesetzes nicht verzichten, fand der Sprecher; Scheinasylanten und Wirtschaftsflüchtlinge müßten schon an den Grenzen zurückgewiesen werden können.

**Stefan Frechen** (SPD) warnte vor Kälte gegenüber Menschen, „die zum Teil unter verzweifelten Umständen ihren Weg in die Bundesrepublik gefunden haben“. Er sei gegen eine Änderung des Grundgesetzes, weil dadurch ganze Völker vom Asylrecht ausgeschlossen werden sollen. Man sei sich einig, daß die gegenwärtige Situation nicht hingenommen werden könne, räumte Frechen ein. Darum seien zuerst Maßnahmen zur Eindämmung des unkontrollierten Zugangs notwendig, daneben sei auch der Bund gefragt. Zudem sollte darüber nachgedacht werden, ob nicht durch eine verstärkte Entwicklungspolitik den Menschen die Möglichkeit eröffnet werde, in ihren Ländern zu bleiben.

**Heinz Lanfermann** (F.D.P.) mahnte, der Landtag müsse mehr bieten als „abstrakte Verfassungsdebatten“, es gehe um vernünftige

und praktische Lösungen, zu denen seine Fraktion ein Zehn-Punkte-Programm vorlege. Dieses beinhaltet unter anderem: Zentrale Aufnahmestellen in allen Regierungsbezirken, rechtskräftigen Abschluß offensichtlich unbegründeter Verfahren in vier Wochen, Einrichtung von Sammelunterkünften mit Gemeinschaftsverpflegung und Sachleistungen, tatsächliche Abschiebung nach Ablehnung des Asylbegehrens, konkrete Maßnahmen gegen Schlepperorganisationen.

**Roland Appel** (DIE GRÜNEN) rief dazu auf, sich mit der sozialen Lage der Sinti und Roma zu beschäftigen. Den Vorstoß der CDU gegen sogenannte Scheinasylanten qualifizierte er als Anschlag auf das Asylgrundrecht. Die christliche Nächstenliebe der CDU bestehe darin, daß sie auch die Roma mit Bleiberecht abschieben wolle. Appel bezeichnete die geplanten kurzfristigen Maßnahmen als nicht wirkungsvoll; stattdessen sollte die wirtschaftliche Lage der osteuropäischen Länder stabilisiert werden.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) bezeichnete die Diskussion um das Asylgrundrecht als wenig hilfreich; diese Forderung sei nicht an das Land, sondern an die Bundesregierung zu richten. Die Polemik der CDU mache sie unglaubwürdig. Dagegen tue die Landesregierung das Machbare, indem sie gegen Schlepper vorgehe, auf stärkere Grenzkontrollen dringe, die Verstärkung der zentralen Anlaufstelle fordere und für die Anwendung des Verfahrens auch auf Rumänen eintrete. Ursache für die Flüchtlingsströme sei nicht das Asylrecht, sondern das unmittelbare Nebeneinander von Wohlstand und Elend auf dem Kontinent.

**Ruth Hieronymi** (CDU) schilderte die Probleme der aufnehmenden Städte und wies den Vorwurf mangelnder christlicher Nächstenliebe zurück. Die Lage sei dramatisch, da seien auch die geplanten kurzfristigen Maßnahmen keine Hilfe. Die Kommunen seien nicht in der Lage, selber Sammelunterkünfte einzurichten, da ihnen die Gebäude fehlten. Sammelunterbringung sei aber Voraussetzung dafür, die Sozialhilfe in Naturalien leisten zu können. Zum dritten unterstützte sie die Forderung der Städte,

die tatsächlichen Zahlen der Asylbewerber im Lande zu erheben und auch die de-facto-Flüchtlinge und die im ungelenkten Verfahren kommenden Flüchtlinge auf die Quote anzurechnen.

**Ulrich Schmidt** (SPD) meinte: „Wir Deutsche haben wirklich allen Grund, das Grundrecht nicht zur Disposition zu stellen.“ Etwas anderes sei die Frage, wie dem Mißbrauch wirksam zu begegnen sei. Dieser Mißbrauch überfordere die Gemeinden, berge sozialen Zündstoff in sich und sei geeignet, das Grundrecht auszuhöhlen. Die Landesregierung habe mit ihren Maßnahmen deutliche Signale gesetzt.

**Sozialminister Hermann Heinemann** (SPD) hielt es für besser, die Milliardenbeiträge, die Länder und Gemeinden aufbringen, in den Herkunftsländern anzulegen. Die Bitte der Landesregierung, der Innenmini-



Den Standpunkt der Landesregierung dargelegt: Innenminister Schnoor (l.) und Sozialminister Heinemann (r., beide SPD). Fotos: Schüler

ster des Bundes möge Kasernen für die Unterbringung der Menschen zur Verfügung stellen, sei seit 14 Tagen ohne Antwort, kritisierte der Minister; auch die personelle Verstärkung der Zirndorfer Stelle sei bisher nicht angepackt worden.

**Heinz Paus** (CDU) sah die Akzeptanz des Grundrechts bei der Bevölkerung in Gefahr, wenn es hunderttausendfach mißbraucht werde. Für ihn sei die Geschichte mit der Einrichtung der zentralen Ausländerämter in NRW ein „Trauerspiel“, es funktioniere bisher nur im Regierungsbezirk Düsseldorf; in anderen Ländern sei es längst flächendeckend eingeführt.

**Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) lehnte ebenfalls die Änderung des Grundgesetzes ab; jetzt müsse man an einem Strick ziehen und gemeinsam verantworten, was zu beschließen sei. Die F.D.P. sei bereit, mit der Landesregierung zusammenzuarbeiten.

**Wolfram Kuschke** (SPD) hielt der CDU vor, sie sei sich nicht zu schade, das Grundgesetz aus wahltaktischen Gründen zu ändern. Wem an einem ehrlichen Gespräch und am Konsens gelegen sei, der könne nicht für eine solche Änderung sein.

Fortsetzung Seite 15



Kein Konsens in der Frage einer Änderung des Asylrechts (v. l. n. r.): Dr. Helmut Linssen (CDU), Stefan Frechen (SPD), Heinz Lanfermann (F.D.P.) und Roland Appel (DIE GRÜNEN). Fotos: Schüler

## Sanierung Münchehagen: Kritik an Hannover

Nach den Maßnahmen der Landesregierung gegen die in Presseberichten dargestellte Gefahr des Austretens von Blausäure aus der auf niedersächsischem Gebiet liegenden Sondermülldeponie Münchehagen hat sich in einer Dringlichen Anfrage der CDU-Abgeordnete Wilhelm Krömer erkundigt. In seiner Antwort stellte Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) fest, daß es dabei um aus der Deponie austretendes Sickerwasser gehe, das aufgefangen und in offenen Hochbehältern auf der Deponie aufbewahrt werde; in diesem Sickerwasser seien Schadstoffe, unter anderem auch Cyanide, enthalten. Die niedersächsische

Landesregierung habe den TÜV Hannover mit Luftmessungen beauftragt, bei denen nach den Vorstellungen der nordrhein-westfälischen Landesregierung auch mögliche Immissionen auf das Landesgebiet untersucht werden sollen. Wenn Hannover dieser „dringlichen Bitte“ nicht nachkommen sollte, dann würden möglicherweise entsprechende Messungen für das NRW-Gebiet angeordnet. Im übrigen übe er, Matthiesen, Kritik am jüngsten Stand der Zusammenarbeit: So habe die Landesregierung von einer möglichen Änderung des Sanierungskonzepts für Münchehagen erst aus der Presse erfahren.

## Hotel Petersberg

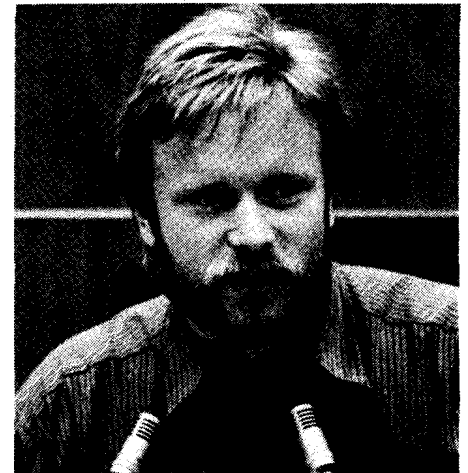
Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) ist zuversichtlich, daß es in der Frage der künstlerischen Ausgestaltung der Präsidentsuite des Gästehauses der Bundesregierung auf dem Petersberg — sie war erst Nordrhein-Westfalen zugesagt, dann aber „weder von der Form noch vom Inhalt her akzeptabel“ zurückgezogen worden — zwischen der Landes- und der Bundesregierung in Gesprächen zu einer Lösung kommt, „die unseren Landesinteressen gerecht wird“. Dies teilte Rau auf die Mündliche Anfrage von Dr. Ottmar Pohl (CDU) mit. Inzwischen seien Landesregierung und Auswärtiges Amt in einem Vorschlag einig, von dem er hoffe, daß er von allen angenommen werde. Rau verneinte, daß die Schwierigkeiten bei der Neuverteilung auf das Wirken des Ausstattungsbeirats unter Professor Schmalenbach zurückzuführen seien, wo bereits mehrfach vorgesehene Ausstattungen nicht zum Tragen gekommen seien.

## Bund baut weiterhin Sprengschächte in NRW

Ob es angesichts der weltpolitischen Entspannung zwischen Ost und West vertretbar sei, auf nordrhein-westfälischem Gebiet weiterhin Gelder für Panzersperren und Sprengschächte einzusetzen, statt die Mittel in den sozialen Wohnungsbau zu leiten, wollte der SPD-Abgeordnete Dr. Wilhelm Vollmann wissen. Die Ministerin für Bauen und Wohnen, Ilse Brusis (SPD), verwies in ihrer Antwort auf diese Mündliche Anfrage auf die alleinige Zuständigkeit des Bundes: Das Land habe keine Möglichkeit, hier einzugreifen; es habe allerdings im Bundesrat eine globale Minderausgabe für den Bundesverteidigungsetat beantragt. Ihr lägen allerdings keine Hinweise dafür vor, daß der Bund seine militärische Bautätigkeit, etwa durch Kompensationsaufträge, zu ändern beabsichtige, erklärte Frau Brusis.

## Fragen nach Verwicklung in Waffengeschäfte

Die Beziehungen zwischen dem Irak und westdeutschen Firmen standen im Vordergrund von zwei Mündlichen Anfragen von Dr. Manfred Busch. Der GRÜNEN-Abgeordnete wollte wissen, gegen wieviele Unternehmen im Lande die Staatsanwaltschaft wegen illegaler Waffengeschäfte ermittelt und an welchen Unternehmen davon die „landeseigene“ WestLB beteiligt ist. Seit 1985 habe die Staatsanwaltschaft des Landes in vier Fällen strafprozessuale Ermittlungsverfahren eingeleitet wegen des Verdachts illegaler Waffengeschäfte mit dem Irak, teilte Justizminister Dr. Rolf Krumm (SPD) mit und fügte hinzu, die Staatsanwaltschaft prüfe derzeit in zwei Fällen, ob in dieser Sache ebenfalls ein sogenannter Anfangsverdacht vorliege, der zur Einleitung strafprozessualer Ermittlungen Anlaß gebe.



Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) Foto: Schüler

Über atomrechtliche Verfahren, so der Minister auf eine Zusatzfrage, sei ihm im Augenblick nichts bekannt, er wolle das aber gerne ergänzend feststellen. Im übrigen müsse die Landesregierung erst einmal die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen abwarten, bevor sie darüber entscheide, ob das Ergebnis Grundlage für eine Bundesratsinitiative des Landes zum Außenwirtschaftsgesetz des Bundes biete.

Finanzminister Heinz Schluëßer (SPD) wies in seiner Antwort auf die Frage nach der Beteiligung der WestLB den Begriff „landeseigene Bank“ zurück: Das Land halte einen Anteil von 43 Prozent, 57 Prozent seien in anderen Händen. Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen die Preussag AG in Hannover und die Gildemeister Projecta (eine hundertprozentige Tochter der Bielefelder Firma Gildemeister), an denen die WestLB Anteile halte oder gehalten habe, seien noch nicht abgeschlossen. „Es kann erst etwas festgestellt werden, wenn das Verfahren abgeschlossen ist. Das ist zur Zeit nicht der Fall“, unterstrich Schluëßer und antwortete auf die Frage nach Exportfinanzierungen für die Irak-Geschäfte durch die WestLB, ihm sei nicht bekannt, ob unter den vielerlei Arten Exportfinanzierung ausdrücklich Finanzierungen für den Irak dabei gewesen seien.

## Unterbesetzung „rechnerischer Wert“

Finanzminister Heinz Schluëßer (SPD) hat die Nachricht von einer 15prozentigen Unterbesetzung der Finanzämter im Lande zurückgewiesen und zugleich Vermutungen dementiert, daß dadurch dem Lande Steuerausfälle in Milliardenhöhe entstünden. Auf die Mündliche Anfrage des GRÜNEN-Abgeordneten Dr. Manfred Busch machte der Minister deutlich, bei der erwähnten Quote handele es sich um eine „rechnerische Größe“, die aus einer Perso-

nalbedarfsrechnung entstanden sei. Allerdings sei bisher nur ein Teil der Personalbemessungswerte durch Organisationsuntersuchungen abgesichert. So werde etwa zur Zeit eine Überprüfung der gesamten steuerlichen Betriebsprüfung durch ein externes Prüfungsunternehmen vorbereitet. Im übrigen brauche NRW den Vergleich mit anderen Ländern nicht zu scheuen, es nehme nämlich in personeller Hinsicht einen Spitzenplatz ein.

## Gewerbeflächen

Eine knappe Milliarde Mark hat die Landesregierung von Anfang 1976 bis Ende 1989 für die Erschließung von 420 Gewerbegebieten mit 6 000 Hektar gewerblicher Baufläche bewilligt. Davon seien Ende 1980 83 Prozent erschlossen, knapp 19 Prozent seien zu diesem Zeitpunkt noch nicht veräußert gewesen. Dies erklärte der Minister für Stadtentwicklung und Verkehr, Franz-Josef Kniola (SPD), auf die Mündliche Anfrage von Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) mit. Neben einem ausreichenden Angebot an Gewerbeflächen verfolge man bei der Förderung das Ziel, den Freiraumverbrauch zu begrenzen und die Gewerbegebiete nach städtebaulich verträglichen und ökologischen Gesichtspunkten zu gestalten.

## Konsensrunden

Die Landesregierung schließt nicht aus, daß an den künftigen Beratungsrunden im Rahmen der Zukunftsiniciativen Montanregion/Nordrhein-Westfalen (ZIM und ZIN) die Vertreter der Städte und Gemeinden sowie die Bezirksplanungsräte stärker beteiligt werden. Es gehe dabei allerdings nicht um eine zusätzliche Entscheidungsebene, da die Konsensrunden lediglich beratende Funktion für die folgenden Entscheidungen der obersten Landesbehörden hätten. Die Landesregierung werde auch künftig keine Vorgaben für die Zusammensetzung machen, es komme hier vor allem auf das Prinzip der Freiwilligkeit an, betonte Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) auf die Mündliche Anfrage von Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN).

## Ungünstiger Zeitpunkt für Grundsätzliches Rahmenplanung künftig gesamtdeutsch

Die jährliche Bedarfsanmeldung zum Rahmenplan für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (Vorlage 11/4) nutzten die agrarpolitischen Sprecher der GRÜNEN und der CDU zu grundsätzlichen Äußerungen über die Situation der NRW-Landwirtschaft. Minister Matthiesen und die Sprecher von SPD und F.D.P. wiesen auf den vorläufigen Charakter der Anmeldung wegen des bevorstehenden ersten gesamtdeutschen Bundeshaushalts hin. Ein Änderungsantrag der GRÜNEN war im Haushaltsausschuß abgelehnt worden. Der Landtag nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Siegfried Martsch** (GRÜNE) hielt eine Aussprache über die 150 Millionen Mark Landesmittel für wichtig, da es um die Interessen der Landwirtschaft gehe. Das seitens Bonn beschleunigte Höfesterben sei unerträglich, eine Politik des Wachsens oder Weichens. Gegenüber den Bauern sei es hundsgehme Frechheit, von Leistungsschwäche zu reden, wie Kiechle es tue. Auch der NRW-Minister gehe das Problem

geben. Die Zurückhaltung bei nachwachsenden Rohstoffen müsse aufgegeben, das Bonner Konzept erprobt werden. Es eröffne neue Chancen für die Landwirtschaft. Weitere ungelöste Probleme ländlicher Räume wie Abwasser und Klärschlamm seien dringlich.

**Friedel Meyer** (F.D.P.) äußerte Enttäuschung über die Ablehnung des Ausschuß-



Die Verbesserung der Agrarstruktur in NRW sei eine Landtagsaussprache wert, aber nicht anlässlich der Anmeldung zum Rahmenplan, meinten SPD- und F.D.P.-Fraktion im Plenum am 15. August, v.l.: Siegfried Martsch (GRÜNE), Eckard Uhlenberg (CDU), Minister Klaus Matthiesen (SPD), Friedel Meyer (F.D.P.), Johannes Gorlas (SPD).  
Fotos: Schüler

zu cool an. Er halte diese Anmeldung für Makulatur, tue jedoch nichts gegen Massenproduktion, für Stickstoffbesteuerung oder ein Verbot von Halmverkürzern im Ackerbau. Das Land könne bei der Erhaltung traditioneller Strukturen tätig werden, meinte der Redner und zählte konkrete Änderungen bei der Förderung aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten auf.

**Horst Steinkühler** (SPD) nannte den Zeitpunkt für eine grundsätzliche Agrardiskussion ungeeignet. Die Höhe der Bundesmittel für 1991 sei nicht bekannt, konkrete Zahlen gebe es erst bei der zweiten Anmeldung.

**Eckard Uhlenberg** (CDU) ergänzte, der Bonner Agrarhaushalt verliere mit einem ersten gesamtdeutschen Haushalt seine Gültigkeit. Daher gehe es nur um eine grobe Richtung. Die Gemeinschaftsaufgabe sei finanzielles Rückgrat der NRW-Agrarpolitik. Der Anteil der NRW-Landwirtschaft im europäischen Markt dürfe nicht weiter verringert werden. Die CDU trete für alternativen Landbau ein, halte jedoch permanente Kritik am konventionellen Landbau für nicht verantwortbar. Produktionssteigerung sei nicht automatisch stärkere Umweltbelastung. Der Antragsstau bei der einzelbetrieblichen Förderung müsse abgebaut werden. Kahl-schlag bei der Flurbereinigung dürfe es nicht

berichts durch die GRÜNEN und lehnte seitens seiner Fraktion die Debatte zum jetzigen Zeitpunkt ab.

**Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen** (SPD) schränkte den Diskussionsrahmen für Agrarpolitik auf den Gegenstand der Gemeinschaftsaufgabe ein und hielt, auch angesichts des leeren Hauses, den Zeitpunkt für eine Grundsatzdebatte über Fehlentwicklungen nicht für günstig und angemessen genug.

**Dr. Manfred Busch** (GRÜNE) fuhr dennoch fort, in der Agrarpolitik gebe es offenbar eine große Koalition von Wachstumsbauern und etablierten Agrarpolitikern, die eine Debatte über 287 Millionen Mark für überflüssig hielten. Über den nur halb so großen Nachtragshaushalt werde dagegen 104 Minuten debattiert. Die Regierungserklärung habe gezeigt, wie notwendig die Aussprache über Grundzüge künftiger Agrarpolitik sei.

**Johannes Gorlas** (SPD) monierte einen verfehlten Ansatz der GRÜNEN und vermißte kritische Worte zu Gemeinschaftsaufgaben generell, da diese für Parlamentarier das frustrationsintensivste Erlebnis seien: Sie hätten dabei nichts zu sagen. Im Planungsausschuß entschieden Beamte. Rau habe sich für weniger Mischfinanzierung eingesetzt.

## Nachtragshaushalt 1990

### 126 Millionen Mark mehr für Wohnungen und Aussiedlerheime

Einen Nachtragshaushalt 1990 mit einem Ausgabenvolumen von 153 Millionen Mark sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 688 Millionen Mark brachte Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) am 16. August im Plenum ein (Drs. 11/164). Gleichzeitig wurde dem Parlament die Neubildung zweier Ministerien mitgeteilt: „Bauen und Wohnen“ mit Kompetenzen aus dem bisherigen Ressort Stadtentwicklung/Wohnen/Verkehr und vom Staatshochbau und „Gleichstellung von Frau und Mann“. Damit erhält die Frauenbeauftragte Ilse Ridder-Melchers (SPD), bisher Staatssekretärin beim Ministerpräsidenten, den Status einer Ministerin sowie ein eigenes Ressort.

Bei der Einbringung des Nachtragshaushalts führte Minister Schleußer unter anderem aus:

„Mit dem Nachtragsentwurf schlägt die Landesregierung vor, über den Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen zum Fonds „Deutsche Einheit“ hinaus durch Einsatz von Personal und Mitteln Beratung und Hilfe beim Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Landesverwaltungen in der DDR zu leisten.

Zusätzlich soll mit dem neuen § 10b des Haushaltsgesetzes eine Rechtsgrundlage für Erwerb und unentgeltliche Abgabe von Gegenständen an die DDR geschaffen werden.

Wegen des anhaltenden, unerwartet hohen Zustroms von Aussiedlern und Asylbewerbern sind die Unterbringungsmöglichkeiten in den Gemeinden erschöpft. Hier muß schnell gehandelt werden.

Deshalb sollen die Mittel für den Bau von Übergangsheimen um insgesamt 100 Mio. Mark aufgestockt werden,

- davon 60 Mio. Mark bar und
- weitere 40 Mio. Mark als Verpflichtungsermächtigungen.

Damit haben Land und Bund seit Beginn des Aus- und Übersiedlerstromes ab Ende 1988 über 650 Mio. Mark den Gemeinden für diesen Bereich zur Verfügung gestellt, das Land allein davon fast 500 Mio. Mark

Im Hinblick auf die angespannte Situation am Wohnungsmarkt hat die Landesregierung beschlossen, über das ursprünglich vorgesehene Volumen des Wohnungsbauprogramms 1990 hinaus, den Aufstockungsbetrag des Bundes in voller Höhe komplementär mitzufinanzieren.

Die Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund ist zwischenzeitlich abgeschlossen worden. Die danach noch fehlenden Mittel des Landes sind in Höhe von 66 Mio. Mark bar in den Nachtrag eingestellt worden; darüber hinaus sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von rd. 648 Mio. Mark eingestellt worden.

Mit 8,8 Mio. Mark trägt die Landesregierung der Erhöhung der Bezüge für die wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräfte an den Hochschulen Rechnung. Der Nachtragsplan enthält 511 zusätzliche Stellen, und zwar

- 139 Stellen für Neuorganisation der Landesregierung und

Fortsetzung Seite 8

## Landtag stimmt ab

### Bonn soll Sitz von Parlament und Regierung bleiben

Mit 186 von 213 in namentlicher Abstimmung abgegebenen Stimmen hat sich der Landtag auf einen Entschließungsantrag der Fraktion von CDU und F.D.P. hin am Donnerstag, 16. August, dafür ausgesprochen, daß Bonn Parlaments- und Regierungssitz bleiben müsse. 26 Abgeordnete stimmten gegen den Antrag. Es gab eine Enthaltung (Drs. 11/191). Wörtlich lautete die Entschließung: „Der Rohentwurf des zweiten Staatsvertrags ‚Deutsche Einheit‘ schreibt Berlin als Hauptstadt fest. Die Frage, wo künftig der Parlaments- und Regierungssitz sein soll, wird zur Beantwortung auf einen späteren Zeitpunkt verwiesen. Der Landtag ist der Ansicht, daß Bonn Parlaments- und Regierungssitz bleiben muß. Zur Absicherung dieser Auffassung sollte die Landesregierung alle tatsächlichen und juristischen Bemühungen unternehmen.“ Zuvor war ein Entschließungsantrag der SPD-Fraktion (Drs. 11/175) bei einer Gegenstimme und Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen worden. Darüber hinaus hatten CDU und GRÜNE weitere Anträge (Drs. 11/146 und 11/184) zurückgezogen.

**Hartmut Schauerte** (CDU) betonte, die CDU sage uneingeschränkt ja zum Einigungsprozeß. Man sei aber nicht blind bei den Risiken. Den Antrag habe man gestellt, um das Parlament mit den Auswirkungen zu befassen. Der Antrag habe zwei Schwerpunkte: Die Auswirkungen auf die föderative Struktur sowie die Frage nach den zukünftigen Aufgaben von Bonn und Berlin. Der Abgeordnete erinnerte daran, daß einschließlich des wiedervereinigten Berlins sechs neue Länder hinzukämen, die als Nehmerländer einzustufen seien. Gemeinsam mit den bisherigen Nehmerländern in der Bundesrepublik bildeten sie im Bundesrat eine absolute Stimmenmehrheit. Es sei wichtig, daß im Bundesrat eine absolute Dominanz der Nehmerländer verhindert werde. Er verwies auf einen „anderen Weg“. Es gebe drei kleine Länder, die über drei Stimmen verfügten. Warum gebe man diesen drei kleinen Ländern nicht zwei statt drei Stimmen? fragte Schauerte. Zur Aufgabenverteilung zwischen Bonn und Berlin meinte er, die föderale Struktur setze voraus, möglichst viele Aufgaben zu dezentralisieren. Die CDU halte die Lösung mit Berlin als Hauptstadt und Bonn als Regierungssitz mit Parlament, Bundesrat und Regierung für einen Ansatz, den man uneingeschränkt unterstütze.

**Jürgen Büssow** (SPD) erklärte, er wisse nicht, warum man im Landtag von NRW diese Frage heute unbedingt abschließen und entscheiden müsse, wo doch die gesamte Bevölkerung in der heutigen Nach-DDR und in der Bundesrepublik landauf, landab diese Frage diskutiere. Büssow räumte ein, die CDU habe in ihrem Antrag wichtige Themen angesprochen, „die uns alle interessieren“. Auch mit den GRÜNEN und ihrem Antrag dürfte es keinen Streit z. B. über die Frage der Repräsentanz der Bun-



Stellvertretend für die Abgeordneten der elften Legislaturperiode des nordrhein-westfälischen Landesparlaments haben Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (l.) und der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Klaus Matthies (SPD, r.) am Landtagsgebäude eine Eiche gepflanzt. Bei dem Baum handelt es sich um eine über fünf Meter hohe Säuleneiche, die besonders als Solitärpflanze in Parkanlagen geeignet ist. Die Eiche wurde von den nordrhein-westfälischen Landschaftsgärtnern (Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau) gestiftet, deren Vertreter Michael Gotschika (Rheinland, 2. v. l.) und Josef Pötter (Westfalen-Lippe, 2. v. r.) für fachgerechte Pflanzung sorgten. Foto: Schüler

desländer geben. Es gebe aber noch andere Gesichtspunkte, beispielsweise demokratiepolitische. Es könne in der Zukunft nicht so sein, daß fünf Länder 21 Stimmen im Bundesrat bekämen und NRW, das größer als diese Länder zusammen sei, hätte nur fünf Stimmen. Der Abgeordnete erinnerte an die Resolution der SPD und bat darum, den SPD-Entschließungsantrag „hier mit uns“ zu verabschieden, „damit wir zeigen, daß das Parlament von Nordrhein-Westfalen hinter der Initiative der Landesregierung im Bundesrat steht“ (siehe Seite 12). Zur Frage des Parlaments- und Regierungssitzes sagte Büssow: „Wir wollen in dieser Frage noch Raum lassen.“ Zum Rundfunkwesen in der DDR sagte der Politiker, wenn die Rundfunkordnung Sache der Länder sei, dann sei es natürlich auch Sache der DDR-Länder, wie sie ihre Rundfunkordnung gestalten wollten. Man gehe davon aus, daß es auch in der DDR einen Rundfunkdualismus geben werde.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, sagte, er habe es gut gefunden, daß es zwischen einigen Ländern den Versuch gegeben habe, die Interessen der größeren Länder in dem neuen Länderorgan entsprechend durchzusetzen. Insofern unterstütze die F.D.P. den Entschließungsantrag der SPD oder die bayerische Lösung. Beide lägen ja auf der gleichen Linie, nämlich daß es notwendig sei, das Gewicht eines so großen Landes wie NRW auch in dem neuen Länderorgan entsprechend durchzusetzen. Zur Hauptstadtfrage erklärte Rohde, wenn er sich das Modell ansehe, das die Niederländer mit Amsterdam und Den Haag praktizierten oder wenn man sich die Position der USA mit New York und Washington ansehe, dann seien das sicherlich Modelle, die von langjährigen Demokratien zum Wohle eines föderalen Staates praktiziert würden. Die Hauptstadtfrage könne man vom Sitz der Regierung bzw. des Parlaments trennen.

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) beschrieb die Lage so: Der wirtschaftliche Zusammenbruch der DDR stehe vor der Tür, der Kurs der überstürzten Vereinigung mit einer schnellen Währungs- Wirtschaftsunion sei falsch gewesen. Während hierzulande die Konjunktur boome, wanderten in der DDR Millionen in die Erwerbslosigkeit und in die Verelendung. Da sei es nachgerade zynisch, „angesichts dieser Lage über die Stimmenverteilung im Bundesrat zu feilschen und ein starkes NRW zu fordern“. Die GRÜNEN seien dafür, über Steuererhöhungen zu reden, die angesichts der Entwicklung unvermeidlich seien, eine solide Gemeindefinanzierung für das vereinigte Deutschland zu entwickeln und die Rechte des Bundesrats gegenüber der zentralstaatlichen Ebene zu stärken. In die DDR müsse mehr Geld für den ökologischen und sozialen Umbau fließen.

**Minister Wolfgang Clement** (SPD) lobte die CDU: Sie versuche, „den Themen, die die Landesregierung seit langer Zeit bearbeitet und die der Ministerpräsident gestern dargelegt hat, nachzukommen“. Aber er, Clement, warne vor Hau-Ruck-Methoden; sowohl in der Neugliederungsdiskussion als auch in der Hauptstadtfrage sei Zurückhaltung angeraten. Darum könne er dem CDU-Antrag nicht zustimmen, der zudem die europäische Perspektive des Föderalismus außer acht lasse. Das „offene und ehrliche“ Modell des Landes NRW laufe darauf hinaus, die Stimmenzahl der kleineren Länder im Bundesrat nicht anzutasten, die der vier größten Länder aber so anzuheben, daß sie eine Sperrminorität gegen Verfassungsänderungen erhalten. Es sei tatsächlich die Frage, ob „eine einzige Metropole in Zukunft deutsche Hauptstadt sein sollte oder ob mehrere“. Bonn stehe für die föderale Grundstruktur des kommenden Staates. „Deshalb sollte nach Meinung der Landesre-

Fortsetzung Seite 11

## Regierungserklärung...

Fortsetzung von Seite 3

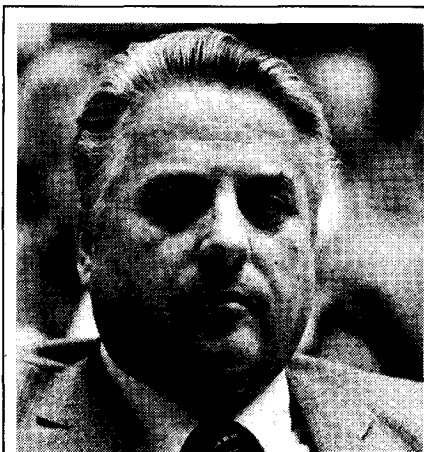
Als Verdienst der Unternehmer und Gewerkschaften bezeichnete es Rau, daß NRW den Aufschwung aus eigener Kraft geschafft habe. Im Lichte der Erfahrungen wolle man jetzt alle Förderprogramme des Landes überprüfen. Dazu sei eine interministerielle Arbeitsgruppe „Programmwirksamkeit“ eingesetzt worden. Die Landesregierung halte den begonnenen Weg der regionalisierten Strukturpolitik für den richtigen Weg. Man werde eine „Wirtschaftsagentur Nordrhein-Westfalen“ schaffen, in der die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, die Landesentwicklungsgesellschaft, die Investitionsbank und ZENIT organisatorisch besser zusammenwirkten. Die Erhöhung der Energieproduktivität stehe an erster Stelle. Nicht zulassen wolle man, daß die heimische Kohle durch Kernkraft verdrängt werde. Die von der Kohle-Kommission auf das Jahr 2005 bezogenen Effizienzgrenzen von 35 Millionen Tonnen pro Jahr in der Verstromung und einer Gesamtförderung von 55 Millionen Tonnen pro Jahr als Mindestgrenzen dürften nicht unterschritten werden. Rau unterstrich, es bleibe „bei unserem politischen Nein zur Inbetriebnahme des SNR 300 in Kalkar“. In der Entsorgungsfrage suche man nach einer einvernehmlichen Lösung. Zu den schwierigsten Fragen in der Wahlperiode gehöre die Entscheidung über den Braunkohletagebau Garzweiler II. Die Landesregierung trete für ein neues Energiewirtschaftsgesetz ein.

Was für die Energiepolitik gelte, gelte auch für die Verkehrspolitik. Das Prinzip „Immer größer“ und „Immer mehr“ müsse durch das Prinzip „Immer besser“ ersetzt werden. Rau wagte die Prognose, daß es in naher Zukunft einen Wettbewerb der Städte geben werde, wer die autoärmste Innenstadt habe. Man brauche eine ökologische Verkehrspolitik, um die Luftbelastung zu senken. Auch im Fernlastverkehr brauche man eine Trendwende: Von der Straße auf die Schiene.

Zur Wissenschaftspolitik erklärte der Ministerpräsident: „Wir stehen zur Öffnungspolitik an den Hochschulen. Es wäre ein falsches Signal, wenn wir den jungen Menschen jetzt mit dem Numerus clausus die Türen verschlossen.“ Als ein wichtiges Thema bezeichnete er ferner die Medienordnung im neuen deutschen Bundesstaat. Es gebe keinen Bedarf für ein drittes öffentlich-rechtliches Fernsehprogramm für ganz Deutschland. Das duale System solle auch in den neuen fünf Ländern eine Chance bekommen.

Zur Schulpolitik merkte er an, ein inhaltlicher Schwerpunkt werde die Ausweitung des ganztägigen Angebots sein. Zu den neuen Akzenten zählte er auch die Ausweitung des Fremdsprachenangebots. Schon Grundschulkindern sollten mit einer Fremdsprache vertraut werden. Auf dem Kultursektor halte die Landesregierung Stiftungen für besonders geeignet, bürgerschaftliches Engagement und gesamtgesellschaftliche Ziele zusammenzubringen.

Im weiteren Verlauf verwies Rau auf den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Schutz vor Kriminalität. Organisierte Bandenkriminalität, Drogenmafia, Wirtschaftskriminalität und Verbrechen gegen die Umwelt gefährdeten den Einzelnen und die ganze Gesellschaft in besonderer Weise. Die Landesregierung werde ihre Anstrengungen darauf konzentrieren, die Bekämpfung



### Loke Mernizka im SPD-Fraktionsvorstand

Die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden in der SPD-Landtagsfraktion ist wieder komplett. Loke Mernizka, SPD-Abgeordneter seit 1980 und seit 1977 Fraktionsvorsitzender seiner Partei im Rat der Stadt Siegen (Bild), ist zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden. Der gelernte Walzwerker und Mitglied des Aufsichtsrats der Fried. Krupp GmbH in Essen tritt die Nachfolge von Franz-Josef Kniola an, der von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) zum Chef des Verkehrsministeriums berufen worden war.

fung dieser besonders gefährlichen und sozial schädlichen Form von Kriminalität zu verstärken.

Der Ministerpräsident erwähnte dann, die Landesregierung wolle, daß das Jahr 1991 zum Jahr der kommunalen Demokratie werde. Die kommunale Praxis habe sich über das geschriebene kommunale Verfassungsrecht hinaus entwickelt. Viele hielten die Kommunalverfassung für reformbedürftig. Bei den Kommunalwahlen 1994 sollten auch Mitbürger wählen können, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit hätten.

Zu den Finanzen erklärte Rau, die aktuellen Verhandlungen zum Einigungsvertrag zwischen Bundesregierung und Ländern auf der einen Seite und der DDR-Regierung auf der anderen Seite machten deutlich, daß die Haushalts- und Finanzpolitik im Zusammenhang mit der deutschen Einigung unkalkulierbaren Risiken ausgesetzt sei. Unabhängig von den hausgemachten Problemen der Bundesregierung sei die Aufgabe, die Folgen von vierzig Jahren Kommandowirtschaft zu überwinden, so groß, daß sie weitgehende Auswirkungen auf alle Bereiche der Politik haben werde. „Wir werden grundlegend über Prioritäten neu nachdenken müssen“, sagte Rau.

Nein sagte er zur Restauration eines deutschen Nationalstaates. Die Antwort auf Nationalismus und Zentralismus sei ein starker, kooperativer Föderalismus. Manche Diskussion vermittele den Eindruck, daß die europäische Dimension zu wenig mitbedacht werde. Für die Landesregierung sei unstreitig, daß Berlin im vereinten Deutschland eine besondere Rolle zu wachsen werde. Es liege nahe, daß der Bundespräsident dort seinen Amtssitz haben werde. Berlin solle die repräsentative Hauptstadt Deutschlands sein. „Aber ebenso klar ist:

Bonn ist gerade für die Zukunft die richtige Stadt, in der Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat ihren Sitz haben und behalten sollen.“ Der Regierungs- und Parlamentssitz Bonn sei für Nachbarn und Freunde zugleich Symbol dafür, „daß wir weiterbauen wollen am großen Projekt der europäischen Einigung“, folgerte der Ministerpräsident.

Zum Schluß wandte er sich der Problematik der Zuwanderung zu. Kritisch sah er, daß sich viele Menschen auf das Asylrecht beriefen, obwohl sie eine politische Verfolgung nicht einmal darlegten. Er berichtete, die Landesregierung habe Maßnahmen mit dem Ziel beschlossen, die Situation in den Herkunftsländern zu beeinflussen und humanitäre Hilfe vor Ort zu leisten, den unkontrollierten Zuzug einzudämmen, Schlepperorganisationen das Handwerk zu legen, die Prüfung der Asylverfahren weiter zu beschleunigen, materielle Anreize für die Zuwanderung abzubauen und die Unterbringungssituation in den Gemeinden zu entschärfen.

## Nachtragshaushalt...

Fortsetzung von Seite 6

— 372 Stellen für personelle Verwaltungshilfen an die DDR.

Von den Mehrausgaben entfallen 15 Mio. Mark auf Personal, rd. 10 Mio. Mark auf sächliche Verwaltungsaufgaben, 66 Mio. Mark auf den Wohnungsbau und 60 Mio. Mark auf den Bau von Übergangsheimen. Deckung wird in Höhe von rd. 123 Mio. Mark aus dem Zinstitel genommen. Hier ergeben sich infolge der geringeren Kreditaufnahme des Jahres 1989 — als bei Haushaltsaufstellung 1990 vorausgesehen — Reserven. Ferner werden zur Deckung der Mehrausgaben 30 Mio. Mark aus der Allgemeinen Rücklage entnommen, welche u. a. für die Abrechnung des Steuerverbundes gebildet worden ist.

## Sexualstrafrecht

Einen Bericht mit Auszügen aus der Debatte über eine Änderung des Sexualstrafrechts auf Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN veröffentlicht „Landtag intern“ in der kommenden Woche.

## Staatsbad Oeynhausen

Auch in der elften Wahlperiode hat der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge eine Arbeitsgruppe Staatsbad Oeynhausen gebildet, die die Aufgabe hat, die Entwicklung des einzigen Wirtschaftsbetriebes des Landes NRW zu begleiten und zu fördern. Von den zehn Mitgliedern der Arbeitsgruppe gehören fünf der SPD, drei der CDU und je eines der F.D.P. und den GRÜNEN an. Vorsitzender ist Günter Meyer zur Heide (SPD), sein Stellvertreter wurde Heinrich Dreyer (CDU).

★

**Alfons W. Dole**, seit 18 Jahren Kurdirektor des Staatsbades Oeynhausen, ist Ende Juli wegen Erreichens der Altersgrenze aus diesem Amt ausgeschieden. Gesundheitsminister **Hermann Heinemann** (SPD) verabschiedete Dole in einer Feierstunde und führte dessen Nachfolger Dipl.-Volkswirt **Wolfgang Schmidt** in seine neue Tätigkeit ein.





**Die Flughäfen** Düsseldorf und Köln/Bonn haben in der Ferienzeit wieder Rekordzahlen registriert. Einer der Spitzentage war Freitag, 15. Juni. Allein in Düsseldorf starteten an dem Tag 43000 Linien- und Charterfluggäste. Die beliebtesten Flugziele für die Bürger Nordrhein-Westfalens, die mit dem Jet in den Urlaub starteten, waren die Balearen (Mallorca, Ibiza), die Kanarischen Inseln (Gran Canaria, Fuerteventura) sowie Malaga auf dem spanischen Festland. Weitere Schwerpunkte des Urlaubsverkehrs bildeten Griechenland (Heraklion, Rhodos), die Türkei (Antalya, Istanbul) und Tunesien. Das Bild zeigt starken Andrang von Urlauberfluggästen vor den Gepäckschaltern in der Aflughalle des Flugsteigs C im Düsseldorfer Flughafen.  
Foto: Flughafengesellschaft

solchen Struktur die jeweilige Landesoberbehörde zuständig ist. Über die Einrichtungen des Landes führen gemäß § 14 LOG grundsätzlich die obersten Landesbehörden die Dienstaufsicht, die sie aber auf nachgeordnete Behörden übertragen können.

Die Fachaufsicht erstreckt sich auf die rechtmäßige und zweckmäßige Wahrnehmung der Aufgaben. Analog zur Dienstaufsicht führt die oberste Landesbehörde die Fachaufsicht über die Landesober- und -mittelbehörden ihres Geschäftsbereiches, diese wiederum über die ihnen unterstehenden unteren Landesbehörden. Auch hier besteht gleichzeitig die oberste Aufsicht der obersten Landesbehörden ihres Geschäftsbereiches. Für die Einrichtungen des Landes gelten hier ebenfalls die gleichen Regelungen wie zur Dienstaufsicht.

Zur Fachaufsicht gehört die Befugnis, sich zu unterrichten, Weisungen zu erteilen und bei Gefahr im Verzuge oder aufgrund besonderer gesetzlicher Ermächtigung die Befugnisse der nachgeordneten Behörden selbst auszuüben. Die Beteiligungsrechte der Personalvertretungen erstrecken sich im wesentlichen auf Angelegenheiten der Dienstaufsicht.

Folgende Dienststellen des Geschäftsbereiches unterliegen der unmittelbaren Fachaufsicht des MAGS: Arbeitsgerichtsbarkeit, Sozialgerichtsbarkeit, Institut „Arbeit und Technik“, Landesversicherungsamt Nordrhein-Westfalen, Ausführungsbehörde für Unfallversicherung, Zentralstelle für den Bergmannsversorgungsschein, Landesversorgungsamts, IDIS, Sozialpädagogisches Institut, Landesstelle Unna-Massen sowie die Arzneimitteluntersuchungsstelle.

Der Staatssekretär wies zum Abschluß seiner Ausführungen darauf hin, daß im gesamten Geschäftsbereich des MAGS 7249 Stellen — davon 427 im Ministerium — ausgewiesen seien.

Der Sprecher der Fraktion der CDU, Hermann-Josef Arentz, wies unter anderem darauf hin, daß die vom Staatssekretär vorgelegte Organisationsstruktur dem hohen Anspruch, den das Ministerium stets erheben will, nicht gerecht werde. Die in einer Sondergruppe im Ministerium zusätzlich ausgewiesenen vier Referate könnten durch Konzentration eingespart werden. Der Staatssekretär entgegnete darauf, daß in der Gruppe „S“ keine neuen Referate geschaffen worden seien, sondern es seien nur Umstrukturierungen vorgenommen worden.

Der Sprecher der SPD-Fraktion, Wolfram Kuschke, erklärte, daß die Organisationsstruktur eines Ministeriums Aufgabe der Exekutive sei. Bei der vom Staatssekretär vorgelegten Organisationsstruktur sei auf die neuesten Herausforderungen reagiert worden. Kuschke sprach dem Minister seine Anerkennung aus.

## Kein Sondermüll

Die Feuerungsanlage des Spanplattenwerkes Egger in Brilon ist nicht zur Verbrennung von Sondermüll vorgesehen. Das geht aus der Antwort von Umweltminister Klaus Matthies (SPD) auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Karl Knipschild, Günter Langen und Alfons Löseke hervor (Drs. 11/120 und 11/18). Der Minister teilt mit, die zulässigen Brennstoffe seien in der erteilten Genehmigung abschließend festgelegt. Darunter befänden sich keine Stoffe, die unter abfallrechtliche Regelungen fielen.

## Staatssekretär legt zuständigem Ausschuß Organisationsstruktur des Ministeriums dar

Zu Beginn der 11. Legislaturperiode berichtete der Staatssekretär des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Dr. Wolfgang Bodenbender, in der ersten ordentlichen Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge, die am 8. August unter der Leitung des Vorsitzenden Bodo Champignon (SPD) stattfand, über die Organisationsstruktur des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS).

Der Geschäftsbereich des MAGS umfaßt nach Darstellung des Staatssekretärs

- alle Angelegenheiten des Arbeitsschutzes, des technischen Gefahrschutzes, des Strahlenschutzes, des Sprengstoffwesens und der Heimarbeit — ausgenommen beim Bergbau und bei kerntechnischen Anlagen (insoweit auch Fachaufsicht über die Gewerbeaufsichtsverwaltung),
- Staatliche Gewerbeärzte und Zentralstelle für Sicherheitstechnik (ZfS),
- Sozialversicherung; Angelegenheiten der landwirtschaftlichen Alterskassen,
- Versorgung der Kriegssopfer und anderer Personen nach dem Bundesversorgungsgesetz; Bergmannsversorgungsschein,
- Tarif- und Schlichtungswesen,
- Angelegenheiten der Sozialgerichtsbarkeit,
- Angelegenheiten der Arbeitsgerichtsbarkeit,
- Gesundheitswesen, Heilberufe, ausgenommen Tierärzte,
- Sozialhilfe, Hilfe für Schwerbehinderte, Kriegsgefangene und Heimkehrer, Förderung von sozialen Einrichtungen, Förderung und Planung von Krankenhäu-

sern, Krankenhauspflegesätze, Unterhaltssicherung,

- Jugendwohlfahrt, insbesondere Jugendfürsorge, Jugendschutz, Jugendpflege und Landesjugendplan, Erziehungshilfe für Kind und Familie, Familienfragen,
- Soziales Ausbildungswesen,
- Eingliederung von Vertriebenen und Deutschen aus der DDR; Maßnahmen für Kriegssachgeschädigte und heimatlose Ausländer.

Das Haus bedient sich — so der Staatssekretär — zur Durchführung dieser Aufgaben (soweit sie nicht im Ministerium bearbeitet werden) der ihm nachgeordneten Gerichte, Behörden und Einrichtungen sowie der Regierungspräsidenten, der Landschaftsverbände und der Jugendämter.

Die nachgeordneten Landesbehörden unterstehen nach § 11 des Landesorganisationsgesetzes der Dienstaufsicht und der Fachaufsicht. Die Dienstaufsicht erstreckt sich auf den Aufbau, die innere Ordnung, die allgemeine Geschäftsführung und die Personalangelegenheiten einer Behörde. Der MAGS führt grundsätzlich als oberste Landesbehörde die Dienstaufsicht über die ihm unterstehenden Landesober- und Landesmittelbehörden seines Geschäftsbereiches, die wiederum die Dienstaufsicht über die ihnen unterstehenden unteren Landesbehörden führen.

Die obersten Landesbehörden führen jedoch zugleich auch die „oberste Dienstaufsicht“ über die ihnen im Rahmen ihres Geschäftsbereiches unterstehenden unteren Landesbehörden. Insoweit ist eine Zuständigkeit des Hauses nur für Änderungen der Organisationsstruktur der unteren Landesbehörden gegeben, während für alle Anpassungsmaßnahmen im Rahmen einer

## Ausschlußbüros arbeiten den Abgeordneten zu

Nach ihrer Konstituierung zu Beginn der elften Wahlperiode vor der Sommerpause haben die meisten der 21 Ausschüsse des NRW-Landtags inzwischen ihre ersten Arbeitssitzungen durchgeführt. Bei der Vor- und Nachbereitung der Sitzungen, der Koordinierung zwischen den Ausschüssen, Fraktionen und Ministerien sowie der Durchführung der Sitzungen werden die Ausschlußvorsitzenden und -mitglieder von der Landtagsverwaltung in zwölf Ausschlußbüros unterstützt. Nachstehend ein Überblick über die Zuständigkeiten, vor allem als Information für neue Abgeordnete.

Das Referat „Plenum/Ausschüsse“ wird von Ministerialrat Werner Fußbahn geleitet, der auch die Sitzungen des Ältestenrats begleitet. Die Geschäftsstelle des Referats befindet sich auf Ebene 1 in Raum B49, Telefon: 2480. Hier werden alle Angelegenheiten der Geschäftsordnung bearbeitet, parlamentarische Unterlagen und Abläufe überprüft und Terminpläne koordiniert.

Termine und Tagesordnung der Ausschußsitzungen werden von den Vorsitzenden in Abstimmung mit den Obleuten/Sprechern der Fraktionen festgelegt. Auf die Tagesordnung der Ausschüsse gelangen vom Plenum überwiesene Gegenstände, also: Gesetzentwürfe, Regierungsberichte, Anträge der Fraktionen. Außerdem können die Ausschüsse weitere Themen behandeln, die mit ihren Aufgaben in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Über den Beratungsverlauf unterrichtet der Ausschuß das Plenum durch einen Berichterstatler.

Zu Beginn jeder Ausschußsitzung können in einer „Aktuellen Viertelstunde“ Fragen an die Landesregierung gestellt oder von dieser besondere Informationen entgegengenommen werden. Dafür kommen vor allem Probleme in Frage, die eine Behandlung als Tagesordnungspunkt nicht erfordern, aufgrund ihrer Dringlichkeit jedoch der schnellen Information bedürfen. Im Interesse befriedigender Beantwortung müssen Anträge hierzu bis spätestens zwei Tage vor der Sitzung dem Ausschußbüro mitgeteilt werden.

Für jede Ausschußsitzung erstellt der Stenographische Dienst ein ausführliches Inhaltsprotokoll. Berichte über Ausschußsitzungen in „Landtag intern“ werden durch die Ausschußsekretariate vorbereitet. Bei besonderen Beratungsergebnissen können die Ausschüsse die Durchführung einer Pressekonferenz beschließen. In einem „Ausschußspiegel“ stellt das Referat „Plenum/Ausschüsse“ vierteljährlich die Beratungsgegenstände der Ausschüsse zusammen.

Ausschuß	Ausschußassistent	Telefon	Raum
Arbeit/Gesundheit/Soziales	Georg Hoffmann	2485	E 1A43
Frauenpolitik	Heike Reinecke	2177	E 1B50
Grubensicherheit	Georg Hoffmann	2485	E 1A43
Hauptausschuß	Wolfgang Fröhlecke	2488	E 1B63
Haushalt/Finanzen	Hans Lauf	2336	E 1E28
Haushaltskontrolle	Günter Baumann	2522	E 1E27
Innere Verwaltung	Wolfgang Fröhlecke	2488	E 1B63
Kinder/Jugend/Familie	Heike Reinecke	2177	E 1B50
Kommunalpolitik	Günter Baumann	2522	E 1E27
Kulturausschuß	Norbert Krause	2521	E 1E29
Landwirtschaft/Forsten/Naturschutz	Karl-Heinz Althoff	2487	E 1B60
Mensch und Technik	Dr. Manfred Mai	2484	E 1E30
Rechtsausschuß	Hans Lennertz	2226	E 1A41
Schule/Weiterbildung	Harald Holler	2489	E 1B48
Sportausschuß	Horst Schulenburg	2523	E 1A42
Städtebau/Wohnungswesen	Harald Holler	2489	E 1B48
Umweltschutz/Raumordnung	Horst Schulenburg	2523	E 1A42
Verkehrsausschuß	Horst Schulenburg	2523	E 1A42
Wirtschaft/Mittelstand/Technologie	Karl-Heinz Althoff	2487	E 1B60
Wissenschaft/Forschung	Norbert Krause	2521	E 1B29



## Vierzig Jahre im Dienst des Landtags

Auf erlebte Geschichte blickte der Parlamentsstenograph Ernst-Adolf Rupprecht (Bild oben) zurück, als er im Juli nach fast vierzigjähriger Tätigkeit im Dienst des NRW-Landtags in den Ruhestand ging. Wie der dienstälteste Landtagsstenograph, der frühere Leiter des Stenographischen Dienstes Hans Müller, seit 1988 im Ruhestand, hilft Rupprecht dank guter Gesundheit in Stoßzeiten parlamentarischer Arbeit auch weiterhin bei Sondereinsätzen aus.

Als 22jähriger Student der Volkswirtschaft trat Ernst-Adolf Rupprecht 1951 in den Stenographischen Dienst des zweiten gewählten NRW-Landtags ein. Auch damals dauerten die Plenarsitzungen, die nicht wie heute ab Mittwoch, sondern bereits dienstags stattfanden, abends bis 22 Uhr. Ausschußsitzungen fanden auch samstags statt und hatten ähnliche Länge wie heute. Allerdings gab es nicht 20 Ausschüsse wie heute, sondern 27, ferner fünf Fraktionen.

Mehr Gemeinsamkeit der Demokraten nach der schlimmen Erfahrung des Dritten Reiches habe es damals gegeben, erinnert sich Rupprecht, den Begeisterung für die Stenographie in den auch heute noch seltenen Beruf führte. Bis zu 440 Silben in der Minute erreichte er und nahm noch bis in sein sechstes Lebensjahrzehnt an den Deutschen Meisterschaften teil. Weil die heutigen Parlamentarier viel mehr administrative und fachliche Details beraten, sind die Stenographischen Protokolle ausführlicher und schwieriger geworden. Die Ausschußsitzungen bezogen früher ihre Spannung, erzählt Rupprecht, vor allem daraus, daß die Abgeordneten unvorbereitet kamen und die Entscheidungen nicht wie heute vorher schon in den Fraktionen gefallen waren. Weniger Feindseligkeiten unter den Abgeordneten und dadurch ein angenehmeres Arbeitsklima habe es anfangs gegeben.

„Den Stil verbessern heißt den Gedanken verbessern“, zitiert der Sprachenästhet die Ursache für eine gewisse Faszination, die für ihn vom Beruf des Stenographen ausgeht.

Nicht nur im Städtebau- und im Haushaltsausschuß, wo Ernst-Adolf Rupprecht seit Anfang der siebziger Jahre unermüdlich protokollierte, wird der allseits geschätzte Mitarbeiter vermißt werden.



Höhere Schülerzahlen als erwartet und Sorge um mehr Unterrichtsausfall veranlaßten eine Sondersitzung des Schulausschusses während der Parlamentsferien am 28. Juni (Foto). Allein durch Versetzungen, so die Meinung aller vier Fraktionen, sei das Problem nicht zu lösen. Neue Stellen sagte Kultusminister Schmier jedoch nur für Sonderschulen zu (siehe auch Bericht auf Seite 13). Fotos: Schüler

## Landtag stimmt ab ...

Fortsetzung von Seite 7

gierung Berlin die repräsentative Hauptstadt sein, Bonn aber Parlaments- und Regierungssitz.“ Die Entscheidung darüber komme aber den verfassungsgebenden Organen des vereinten Deutschlands zu. Dieser Entscheidung stelle man sich dann in „aller Ruhe und Gelassenheit“.

**Dr. Ottmar Pohl** (CDU) hielt die Föderalismusreform für aktuell und nicht aufschiebbar. Unbestritten sei, daß das Stimmenverhältnis im Bundesrat neu geordnet werden müsse. NRW müsse als stärkstes Land die meisten Stimmen erhalten. Am 24. August solle darüber entschieden werden. Auch über Neugliederung und Finanzausgleich der Länder müsse gesprochen werden. Eine weitere Abgabe von Länderzuständigkeiten dürfe es nicht geben. Dem CDU-Antrag könne vom gesamten Landtag zugestimmt werden.

**Dr. Bärbel Höhn** (GRÜNE) begrüßte einen stärkeren Föderalismus und dezentrale Strukturen. Die Länder und ihre Parlamente müßten am Einigungsprozeß beteiligt werden. Nicht die günstigsten volkswirtschaftlichen Kriterien für BRD-Länder sollten berechnet und damit die DDR zum Armenhaus Deutschlands gemacht werden. Im Interesse der Stärkung des Landtags durch gemeinsames Votieren zögen die GRÜNEN ihren ersten Antrag zurück.

**Heinz Hardt** (CDU) brachte einen gemeinsamen Antrag von CDU und F.D.P. ein, worin Bonn als Parlaments- und Regierungssitz befürwortet werde. Die Bevölkerung von NRW solle den Standpunkt der Parlamentarier dazu kennen, die Regierung bei ihren Bemühungen unterstützt werden.

**Professor Dr. Friedhelm Farthmann** (SPD) warf der Opposition vor, mit unterschiedlichen Meinungen über die Hauptstadtfrage taktische Spiele zu veranstalten. Er selbst habe Bonn immer als Provisorium und Berlin als Hauptstadt angesehen. Es gebe auch eine Verantwortung gegenüber Osteuropa, das Tor dazu sei Berlin. Ein Schnellgang zugunsten von Bonn sei auch eine Zumutung für die Bürger der DDR.

**Dr. Helmut Linssen** (CDU) begrüßte das lebhaft Engagement des Landtags und erinnerte an das Eintreten des CDU-Landesvorsitzenden Blüm für Bonn schon vor Monaten. Es gehe nicht um Erstgeburtsrechte, sondern darum, der Bevölkerung die Haltung der SPD zu vermitteln. Im übrigen lasse sich die CDU nicht von der SPD sagen, was hier im Interesse der DDR passiere und was nicht, letztere habe da schlechte Karten.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.) hielt es für schlechten Stil, den Parlamentariern das Recht auf ein eigenes Votum in der Hauptstadtfrage abzusprechen zu wollen. Unterschiedliche Meinungen müßten in allen Fraktionen möglich sein.

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) betonte, es gehe nicht um Abstimmungserfolge von Fraktionen, sondern die Frage solle erst vom gesamtdeutschen Parlament im neuen Staat entschieden werden.

Fortsetzung Seite 15

## Landtagsdirektor hilft beim Aufbau von Parlamentsverwaltung für künftiges Land Brandenburg

*Über den Aufbau einer eigenen Parlamentsverwaltung für das neu zu bildende Land Brandenburg hat der Direktor beim Landtag Nordrhein-Westfalen, Heinrich Große-Sender, am 19. und 20. Juli 1990 in Potsdam Gespräche geführt. Gesprächspartner des Landtagsdirektors aus Düsseldorf waren der Regierungsbevollmächtigte für den Bezirk Potsdam, Jochen Wolf (SPD), in dessen Auftrag die entsprechenden Vorbereitungen getroffen werden, sowie Pressesprecher Rainer Speer vom Bezirksvorstand und der Sekretär des Rates des Bezirks Potsdam, Fred Kretzschmer.*

In einem Gespräch mit „Landtag intern“ erinnerte Heinrich Große-Sender daran, daß er die ältesten Kontakte zum Bezirk Potsdam habe. Seit Ende 1989 sei man in ständiger Verbindung und gebe auf vielfältige Weise Unterstützung bei der Formulierung und Erarbeitung einer eigenen Landesverfassung für das künftige Land Brandenburg.

Bei den Gesprächen mit Wolf, Speer und Kretzschmer seien Eckpunkte für den Aufbau der Parlamentsverwaltung festgelegt worden. Die Ausführung solle sich anschließen.

Der Direktor betonte, die Probleme seien vielfältiger Art. Es gebe keine Erfahrungen mit einem Parlamentsbetrieb. Schwierigkeiten bereite ferner die Rekrutierung von Personal. Es gebe keine Juristen. Ferner seien die Gebäude- und Raumprobleme noch nicht gelöst. Weiter Schwierigkeiten erwachsen aus dem Umstand, daß manche Gesetzesgrundlagen zwar in Vorbereitung, aber noch nicht vorhanden seien. Auch die Verfassung sei noch nicht in Kraft. „Man muß sich mit Hypothesen zufrieden geben“, sagte Große-Sender.

Nach den Gesprächen mit Wolf, Speer und Kretzschmer und ihren Mitarbeitern fand ein weiterer Meinungsaustausch im nordrhein-westfälischen Landtag statt. Vom 13. bis 17.

August besuchte erneut eine Abordnung des Bezirkes Potsdam das Landesparlament, wobei auch auf unteren Ebenen verhandelt wurde.

Heinrich Große-Sender berichtete darüber hinaus, daß Nordrhein-Westfalen demnächst die Federführung bei der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente haben werde. Er gab der Hoffnung Ausdruck, dort künftig auch die Landesparlamente der heutigen DDR begrüßen zu können. Er verwies darauf, daß NRW für alle den Parlamentsspielgel erstelle und war sich sicher, auch aus der Volkskammer Unterlagen zu bekommen. Eine entsprechende Zusage habe ihm der Direktor der Verwaltung der Volkskammer der DDR, Alfred Niggemeier, gegeben.

### Landtagsandachten

Nach der Neukonstituierung des Landtags wollen der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung sowie das Katholische Büro in Nordrhein-Westfalen wieder ihre gemeinsame Landtagsandacht in den Plenarsitzungswochen durchführen. Die Andachten sollen am jeweils zweiten Plenarsitzungstag um 9 Uhr im Raum E 3Z04 des Landtags stattfinden.



*Eine Delegation von elf Parlamentariern aus den Vereinigten Staaten hat Nordrhein-Westfalen einen Besuch abgestattet und ist im Landtag von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (rechts) empfangen worden. Die Delegation stand unter der Leitung von Senator Samuel B. Nunez Jr., Präsident des Senats des Staates Louisiana (links). Die Reise der Delegation nach Nordrhein-Westfalen erfolgte mit Unterstützung der „National Conference of State Legislatures/Partnerships of Parliaments“, einer 1983 gegründeten privaten Austauschorganisation, der auch die großen bundesdeutschen Parteien und alle elf Bundesländer angehören.*

Foto: Schüler

## Größere Länder sollen mehr Stimmen im Bundesrat erhalten

Das Stimmenverhältnis der Länder im Bundesrat soll zugunsten der bevölkerungsreichen Länder geändert werden. Damit soll nach Hinzutreten der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen die Ausgewogenheit bei der Stimmverteilung zwischen großen, mittleren und kleinen Ländern erhalten werden. Darauf verweist der Bundesrat in einer Mitteilung, die „Landtag intern“ zusammen mit einer tabellarischen Aufstellung als Stütze bei der Diskussion um eine neue Stimmverteilung der Bundesländer im Bundesrat an dieser Stelle veröffentlicht.

Nach einem entsprechenden Vorschlag Bayerns, dem Baden-Württemberg beigetreten ist, ist eine Initiative Nordrhein-Westfalens mit gleicher Zielrichtung aber unterschiedlichem Stimmenschlüssel beim Bundesrat eingegangen. Beide Anträge zielen auf eine Änderung des Artikel 51 Absatz 2 Grundgesetz ab. Danach hat jedes Land mindestens drei Stimmen. Länder mit mehr als zwei Millionen Einwohner haben vier, Länder mit mehr als sechs Millionen Einwohner haben fünf Stimmen.

Nach dem Vorschlag Bayerns und Baden-Württembergs haben die Länder ebenfalls mindestens drei Stimmen. Länder mit bis zu drei Millionen Einwohner haben vier, mit bis zu fünf Millionen Einwohner fünf, mit bis zu sieben Millionen Einwohner sechs und über sieben Millionen Einwohner sieben Stimmen.

Nordrhein-Westfalen schlägt demgegenüber vor, es für Länder bis zu sieben Millionen Einwohner beim jetzigen Zustand zu belassen und lediglich die größeren Länder

Stimmverteilung im Bundesrat				
Land	Einwohner*)	Art. 51 II	Bay/BW	NRW
Nordrhein-Westfalen	16,7	5	7	8
Bayern	11,0	5	7	7
Baden-Württemberg	9,4	5	7	6
Niedersachsen	7,1	5	7	6
Hessen	5,5	4	6	4
Sachsen	4,9	4	5	4
Rheinland-Pfalz	3,6	4	5	4
Berlin	3,3	4	5	4
Schleswig-Holstein	2,5	4	4	4
Sachsen-Anhalt	2,9	4	4	4
Brandenburg	2,7	4	4	4
Thüringen	2,5	4	4	4
Mecklenburg-Vorp.	2,1	4	4	4
Hamburg	1,6	3	3	3
Saarland	1,0	3	3	3
Bremen	0,6	3	3	3
<b>Gesamt</b>	<b>77,4</b>	<b>65</b>	<b>78</b>	<b>72</b>
	<b>Mio. E</b>			

\*) unter dem Vorbehalt des zur Zeit vorgesehenen Gebietsstandes der Länder in der DDR

mit einem stärkeren Stimmgewicht auszustatten. Danach erhielten Länder mit mehr als sieben Millionen Einwohner sechs Stimmen, mit mehr als zehn Millionen Einwohner sieben Stimmen und mit mehr als 15 Millionen Einwohner acht Stimmen.

(Bundesratsdrucksachen 551/90 und 557/90)

Beide Anträge begründen die stärkere Stimmenspreizung damit, daß die großen, bevölkerungsreichen Flächenstaaten bei einer Beibehaltung der derzeitigen Regelung unverhältnismäßig an Stimmengewicht einbüßten und ihre Sperrminorität gegen Verfassungsänderungen (ein Drittel der Stimmen) verlören. Dies ist nach Auffassung Bayerns und Baden-Württembergs ein wesentliches Charakteristikum und wichtiges Strukturprinzip der jetzigen Stimmverteilung, die auf einen Kompromiß im Parlamentarischen Rat zurückgeht.

Nach Ansicht Nordrhein-Westfalens würde eine unveränderte Stimmverteilung den Ausgleich zwischen der dem Bundesstaatsprinzip entsprechenden Gleichheit aller Länder und dem im Demokratieprinzip wurzelnden Gesichtspunkt einer angemessenen Repräsentanz der Landesbevölkerung zu Lasten des Demokratieprinzips gestört. Im Gegensatz zu der bayerischen/baden-württembergischen Initiative sieht der nordrhein-westfälische Vorschlag allerdings nur Regelungsbedarf für die Länder ab sieben Millionen Einwohner mit weiteren Abstufungen bei zehn Millionen und 15 Millionen Einwohnern. Dies wird mit der Orientierung an den realen Größenverhältnissen der Länder gerechtfertigt. Das Plenum des Bundesrates wird sich voraussichtlich in seiner Sondersitzung am 24. August 1990 mit den beiden Vorschlägen, die zur Zeit in den Ausschüssen des Bundesrates beraten werden, befassen.

## Anpassung soll in zwei Stufen erfolgen

In der ersten Sitzung nach der Konstituierung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie nahm der Ausschuß unter der Leitung seines neuen Vorsitzenden Erich Heckelmann (SPD) einen Bericht des Staatssekretärs Dr. Wolfgang Bodenbender vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu den Auswirkungen des Gesetzes zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts (Kinder- und Jugendhilfegesetz – KJHG) auf das Gesetz zur Ausführung des Jugendwohlfahrtsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (AG-JWG) entgegen und legte das weitere Beratungsverfahren fest.

Die Landesregierung beabsichtige, so Bodenbender, eine zweistufige landesrechtliche Umsetzung des KJHG. Zunächst werde der Entwurf eines Landesausführungsgesetzes zum KJHG eingebracht, das am 1. Januar 1991 in Kraft treten und diejenigen Regelungen enthalten soll, die zu diesem Zeitpunkt vorhanden sein müssen, um das KJHG in der Praxis anwenden zu können; dieses neue erste Landesausführungsgesetz zum KJHG werde das bisherige Ausführungsgesetz zum Jugendwohlfahrtsgesetz (AG-JWG) ablösen.

Das zweite Ausführungsgesetz zum KJHG, das Kindergartengesetz, solle ebenfalls zunächst insoweit geändert werden, als es darum geht, den Vollzug des KJHG im Bereich der Tagesbetreuung von Kindern sicherzustellen; in einer zweiten Stufe sei dann ein dem heutigen Kindergartengesetz

entsprechendes neues Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen geplant. Dieser eigentliche Leistungsbereich des KJHG solle dann durch ergänzende landesrechtliche Bestimmungen ausgeführt werden. Nur durch dieses zweistufige Verfahren könne sichergestellt werden, daß die zur Umsetzung des KJHG erforderlichen landesgesetzlichen Regelungen rechtzeitig bis zum 1. Januar 1991 in Kraft treten können.

Im weiteren Verlauf der Sitzung sprach sich der Ausschuß einvernehmlich dafür aus, sowohl zu dem angekündigten Entwurf eines Landesausführungsgesetzes zum KJHG als auch zu dem auf Wunsch des Ausschusses erneut eingebrachten 5. Jugendbericht und dem 3. Familienbericht der Landesregierung eine öffentliche Anhörung durchzuführen, die voraussichtlich am 24./25. Oktober 1990 stattfinden wird.

## Landtagsvizepräsident Vorsitzender der Stiftung Wohlfahrtspflege

Der zehnköpfige Stiftungsrat der Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege hat in seiner ersten Sitzung in der neuen Legislaturperiode am 18. Juni 1990 Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt (SPD) erneut einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Schmidt hatte dieses Amt bereits in der 10. Wahlperiode inne. Zu seiner Stellvertreterin wurde ebenfalls einstimmig die Abgeordnete Otti Hüls (CDU) gewählt.

Die Stiftung Wohlfahrtspflege ist eine rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts. Sie besteht seit 1974 und hat ihren Sitz in Düsseldorf. Ihre Fördermittel erhält sie aus der Spielbankabgabe der drei nordrhein-westfälischen Spielbanken in Aachen, Dortmund-Hohensyburg und Bad Oeynhaus. Nach ihrer gesetzlichen Zweckbestimmung bezuschußt sie Maßnahmen und Einrichtungen der Altenhilfe und Behindertenhilfe. Die Stiftung hat bis heute Bewilligungen von insgesamt 325 Millionen Mark ausgesprochen, die sich in etwa gleichmäßig auf Altenhilfe und Behindertenhilfe verteilen.

## Sondersitzung zur Lehrerversorgung

In der auf Antrag der CDU durchgeführten Sondersitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 28. Juni, die von der stellvertretenden Vorsitzenden Marie-Luise Woldering (CDU) geleitet wurde (siehe auch Foto auf Seite 10), debattierten die Schulpolitiker der vier Fraktionen mit Kultusminister Hans Schwier (SPD) zweieinhalb Stunden lang über die Unterrichts- und Lehrerversorgung zu Beginn des neuen Schuljahres angesichts steigender Schülerzahlen. Der CDU-Antrag, neue Lehrer einzustellen, wurde mit den Stimmen der SPD bei Enthaltung der F.D.P. und Abwesenheit der GRÜNEN abgelehnt.

Die Gruppe der SPD im Ausschuß stellte folgenden Antrag, der gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung von F.D.P. und GRÜNEN angenommen wurde:

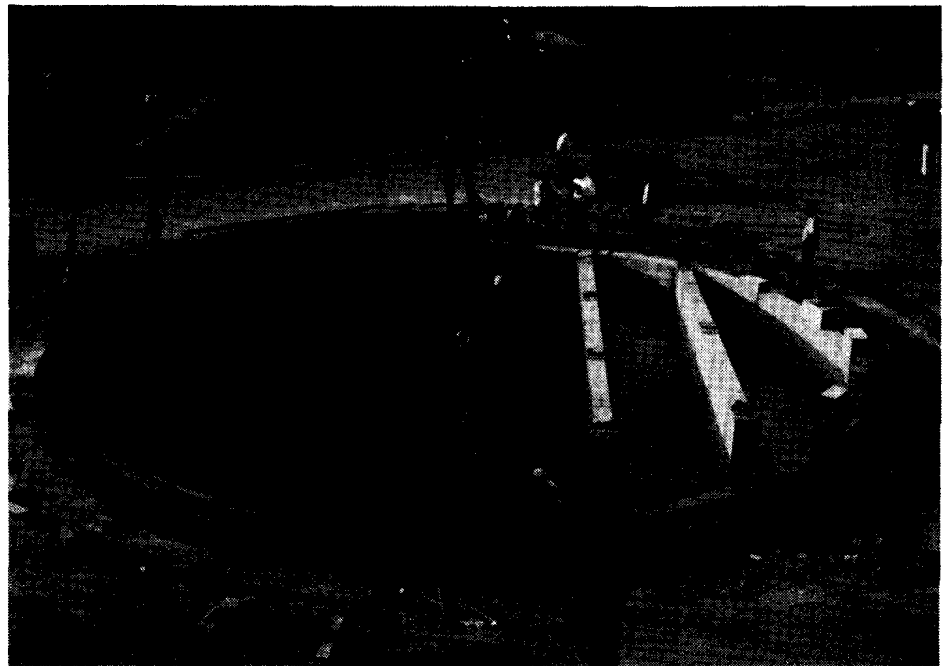
„Nachdem im Schuljahr 1990/91 2670 Lehrer-Neueinstellungen und weitere Aufstokungen im Umfang von 770 Stellen vorgenommen werden und die dem Kultusminister bis dahin möglichen Versetzungen erfolgt sind, fehlen nach der Prognose des Kultusministers vom 12. Juni 1990 im Rahmen der jetzt geltenden Regelungen für die Lehrerversorgung (Stellenbedarf nach AVO) an den Grundschulen 213, an den Abendgymnasien, Abendrealschulen und Kollegs 21 und an den sonstigen Sonderschulen (außer Lernbehinderte) 165 Stellen.

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung fordert den Kultusminister auf, den Bedarf an den Grundschulen und den Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges durch Versetzungen zum Schuljahresbeginn 1990/91 zu regeln, den Bedarf an den sonstigen Sonderschulen durch geeignete Maßnahmen im Einvernehmen mit dem Finanzminister abzudecken, bis Ende 1990 neue systematische Grundlagen für die Berechnung des Lehrerbearbedarfs vorzulegen und bis Ende 1990 Vorschläge zur Verbesserung der Schulorganisation zu unterbreiten.“

In der Einzelabstimmung über die vier Punkte gab es differenziertes Abstimmungsverhalten der Oppositionsgruppen. Auf die beiden letzten Forderungen konnten sich drei Fraktionen einigen.

Zu Beginn der Feriensitzung nahm Minister Schwier ausführlich zum Stand der Lehrerversorgung Stellung und kündigte weitere Versetzungen von der Haupt- zur Grundschule sowie neue Stellen für den Sonderschulbereich bis zu einer Höhe von 170 zusätzlichen Stellen an. Die Abgeordneten Paul Mohr und Herbert Reul (CDU) stellten den Bedarfsberechnungen des Ministers bisher ausstehende Zuweisungen sowie hohe Unterrichtsausfälle gegenüber und mahnten Nachbesserungen an. Andreas Reichel (F.D.P.) kritisierte Organisationsmängel in der Kultusverwaltung bei kräftig zunehmendem Unterrichtsausfall. Gisela Nacken (GRÜNE) zweifelte statistische Bedarfsermittlungen an und hob den Unterrichtsausfall von 20,6 Prozent an Berufsschulen hervor.

Dr. Manfred Dammeyer (SPD) stellte einen Zusammenhang zwischen der Sondersitzung und vorausgegangenen kontroversen Diskussionen in der SPD-Fraktion her, welche zu höheren Einstellungszusagen geführt hätten. Wichtiger sei noch die Frage, ob alle Lehrer zum Schuljahresbeginn dort seien, wo sie gebraucht würden. In den letzten Jahren seien Versetzungen nie in vollem Umfang vollzogen worden.



Neunzehnstündige Montagearbeiten waren von den Technikern veranschlagt worden, als am 27./28. Juli das Kunstwerk „Zafou“ des israelischen Raumbaukünstlers Dani Karavan in das dafür vorgesehene Rondell im Eingangsbereich des Landtagsneubaus mit einem riesigen Kran von zwei Schwertransportern gehievt wurde.

## Brunnen „Zafou“ ziert Eingangsbereich

Zwei halbkreisförmige Gußeisenteile von je 13 Tonnen Gewicht, im Rostlook beschichtet, bilden zusammen mit Eisenbahnschienen den Brunnen „Zafou“, dessen Name auf Nördliches hinweist. Die Schienen in der Mitte des eisernen Rondells sind genau auf den geographischen Norden ausgerichtet, eine Anspielung auf den Landesnamen Nordrhein-Westfalen. An den Schienen entlang fließt das Wasser, das im Winter beheizt wird und Dampf ausströmen soll. Rund sollte es sein, aus Eisen und Stahl, und Bewegung ausdrücken. Das waren die Vorgaben für den israelischen Künstler Dani Karavan, der den Auftrag für das vierte Kunstwerk am Landtagsneubau erhielt.

Der 1930 in Tel Aviv geborene Künstler hat sich auf die Gestaltung von Außenräumen spezialisiert. „Environment“ sind viele seiner Werke in mehreren Ländern Europas, in Israel und in New York betitelt. Eine Gleisanlage installierte er in der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf zur Erinnerung an Judentransporte nach Auschwitz. In Köln gestaltete er den Museumsplatz neben dem Dom. Seine Objekte fordern zum Dialog mit der Umgebung, zwischen verschiedenen Materialien, zwischen Kunst und Natur, zwischen Werk und Alltag auf, auch zum Widerwort. Karavans Vorstellungen wurden von einer Krefelder Gießerei in Präzisionsarbeit technisch umgesetzt. Alles weitere ist Sache der Anschauung.



Die Treppe zum Landtagsvorplatz mußte abgebrochen werden, um Platz für den Kran zu schaffen, der die beiden Riesenhälften des eisernen Brunnens in das runde Fundament hievt. Beobachter der Montage (v. l.): Direktor beim Landtag Heinrich Große-Sender, Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe, Abteilungsleiter Wolfgang Weiz, der Künstler Dani Caravan und Dr. Sappock von der Herstellerfirma Siempelkamp (Krefeld).  
Fotos: Schüler

## SPD-Fraktion

### Truppenabzug – SPD-Fraktion gründet eine Arbeitsgruppe

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt den geplanten Truppenabbau der alliierten Streitkräfte in der Bundesrepublik und in Nordrhein-Westfalen. Die Fraktion hat empfohlen, eine Arbeitsgruppe der Fraktion einzusetzen. Sie soll nach Gesprächen mit den vom Truppenabzug betroffenen Gemeinden und Regionen die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen für Nordrhein-Westfalen darlegen. „Wir wollen beraten, in welchem Umfang Arbeitsplatzverluste an Sta-

tionierungsstandorten abgefangen, freierwende Gebäude zur Entlastung des Wohnungsmarktes und nicht mehr benötigte Flächen städtebaulich genutzt werden können“, begründete der Fraktionsvorstand. Die SPD-Fraktion verwies auf die unmittelbare Bedeutung des Truppenabbaus für Nordrhein-Westfalen. So sei zum Beispiel die Reduzierung der britischen Rheinarmee mit derzeit 57 000 auf 20 000 bis 25 000 Soldaten bis 1995 im Gespräch. Die 54 000 Familienangehörigen und rund 17 000 Bundesbürger im Dienst der Rheinarmee seien ein bedeutender Wirtschaftsfaktor im Lande.

★ ★ ★

Die Deutsche Bundespost soll einen Teil ihres Gewinns in Höhe von 3,1 Milliarden Mark zur schnellen Sanierung des DDR-

Telefonnetzes verwenden. Diese Forderung erhob SPD-Fraktionschef Prof. Dr. Friedhelm Farthmann. Da die Erneuerung des Telefonkabelnetzes in der DDR wohl mehrere Jahre in Anspruch nehme, sollten zunächst Relaisstationen für Funktelefone eingerichtet werden. Eine funktionierende Telekommunikation sei Voraussetzung für den Ausbau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, sagte Farthmann. Damit werde eine Barriere abgebaut, vor der heute noch viele Unternehmen zurückschrecken. Außerdem könne die Bundesregierung an diesem Beispiel ihren Worten jetzt Taten folgen lassen. Wenn die Bundespost als Auftraggeber in der DDR auftrete, werde zumindest ein kleiner Teil der vom Bundeskanzler stets versprochenen neuen Arbeitsplätze realisiert.

## CDU-Fraktion

### Reul: „Ohrfeige für SPD-Politiker“

Als eine „schallende Ohrfeige“ für die SPD-Politiker Farthmann, Clement und Schleißer, hat der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Herbert Reul, das Gutachten des Düsseldorfer Kultusministeriums zur Neuregelung des Schulwesens bezeichnet. „Der gravierende Unterrichtsausfall und Lehrermangel in Nordrhein-Westfalen wird nicht dadurch beseitigt, daß man – wie von Clement, Farthmann und Schleißer geplant –

die Zuständigkeit für die Schul- und Bildungspolitik von der Landes- auf kommunale Ebene verlagert. Diesbezügliche Planspiele innerhalb der SPD verfolgen lediglich das Ziel, sich den Ärger in der Bevölkerung über die Schulpolitik der Landesregierung vom Halse zu schaffen. Doch die Suche nach neuen Buhmännern ersetzt noch keine konstruktive Politik“, sagte Reul.

Reul, der auch stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion ist, forderte Ministerpräsident Rau auf, den unausgegorenen Dezentralisierungsplänen eine Absage zu erteilen. Aus der Verpflichtung, im ganzen Land gleiche Bildungsangebote zur Verfügung zu stellen, werde man die Landesregierung nicht entlassen. „Wenn der Farthmann-Plan Wirklichkeit wird, dann werden sich

finanzstarke Städte und Gemeinden ein gut ausgebautes Bildungssystem erlauben können – die finanzschwachen hingegen gucken in die Röhre.“

Von Ministerpräsident Rau fordert die CDU stattdessen ein mittelfristiges Programm „Unterrichtsgarantie für unsere Kinder“, das „das jährliche SPD-interne Feilschen um neue Lehrerstellen endlich beendet“. Darüber hinaus hält die CDU ein neues Verfahren für den tatsächlichen Lehrerberuf erforderlich. Reul: „Die antiquierten Schüler-Lehrer-Relationen der 70er Jahre gehören ein für allemal auf den Schrotthaufen der Geschichte.“

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

## F.D.P.-Fraktion

### Auftakt der parlamentarischen Arbeit

Während die letzte Legislaturperiode vorrangig durch die Kanzlerkandidatur von Johannes Rau geprägt war, mit der Folge überstarker Betonung der Parteigegensätze zwischen SPD, CDU und F.D.P. im Bundestagswahlkampf, wird die neue Legislaturperiode im Zeichen des sich wiedervereinigenden Deutschlands stehen. Die Verteilungskämpfe zwischen Bund und den Ländern werden notwendigerweise härter. Deshalb wird es neue Formen der Zusammenarbeit der NRW-Parteien geben müssen, um die

Interessen Nordrhein-Westfalens durchzusetzen. Dabei will die F.D.P. nicht die unterschiedliche Verantwortung von Regierung und Opposition verwischen. Allerdings gibt es im Interesse unseres Landes Politikfelder, in denen man sich nur gemeinsam behaupten kann. Beispiel: Hauptstadtfrage, Länderfinanzausgleich, Energiepolitik.

Die im Landtag vertretenen Parteien sind in erster Linie unserem Land Nordrhein-Westfalen verpflichtet und nicht den Parteizentralen in Bonn. Deswegen setzt die F.D.P. auf ein neues Regionalbewußtsein.

Die Probleme des Landes haben sich durch das Ergebnis der Landtagswahl nicht verändert. Deshalb wird die F.D.P. auch in der neuen Legislaturperiode ihre konstruktive Rolle im Parlament behaupten. Sie wird sich bemühen, politische Alternativen zur SPD-Regierungspolitik aufzuzeigen. Das bedeutet

nicht Fundamentalopposition, sondern belebendes Element der Landespolitik zu sein. Insoweit kann die F.D.P. an ihre Arbeit in der vergangenen Legislaturperiode anknüpfen als Partei landespolitischer Initiativen.

Die F.D.P.-Landtagsfraktion versteht parlamentarische Arbeit auch als Wächteramt in der Kontrolle der Landesregierung. Sie hofft, daß sie auch die anderen Fraktionen in dieser Arbeit unterstützen. Die F.D.P. sieht ihren Beitrag auch in der Stärkung des Parlamentarismus.

Die F.D.P.-Fraktion wird mit einem Antrag zur Parlamentsreform ihre politische Arbeit in der 11. Legislaturperiode beginnen. Damit soll deutlich gemacht werden, daß die Fragen der Parlamentsreform zügig angepackt werden müssen, um Mängel in der parlamentarischen Arbeit zu beseitigen und die Attraktivität der Landespolitik zu erhöhen.

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Jedem Zehnten wird die Luft ein bißchen dünn

Die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der GRÜNEN bestätigt es. Etwa jede/r Zehnte reagiert empfindlich auf Ozon, das in der Luft bei starker Sonneneinstrahlung aus Schadstoffen wie Stickoxiden gebildet wird. Atembeschwerden, Schleimhautreizungen und Kopfschmerzen sind die unmittelbaren Auswirkungen. Hauptquelle sind die Autoabgase. Als wir GRÜNEN im Landtag im Juli – vor Beginn der diesjährigen Hitzeperiode – auf dieses Problem hingewiesen und vorbeugende Maßnahmen wie Warnhinweise vor allem für Risikogruppen und eine Sommersmogverord-

nung mit Fahrverboten von der Landesregierung gefordert haben, hieß es noch aus dem Munde des Umweltministers Matthiesen: Alles Quatsch dank sei Kat!

Heute, fast zwei Monate später, hat uns eine langanhaltende Hitzeperiode mit Ozonwerten bis zu 300 Mikrogramm/cbm Luft nachträglich Recht gegeben. Die Umweltministerkonferenz hat sich auf einen einheitlichen Ozonrichtwert von 180 Mikrogramm/cbm Luft verständigt. Die Landesanstalt für Immissionsschutz in Essen veröffentlicht seit dem 13. Juli täglich die aktuellen Ozonkonzentrationen in der Luft mit entsprechenden Hinweisen für die Bevölkerung. Und selbst der Umweltminister Matthiesen hat seine Position von Anfang Juli überdacht. Heute versucht er, sich an die Spitze der kritischen Verkehrspolitik zu setzen. Heute weiß er zu berichten, daß die Schadstoffreduktion aufgrund von Katalysatorfahrzeugen mehr als wettgemacht wird durch den immer noch wach-

senden Autoverkehr. Er fordert Einschränkungen des Autoverkehrs.

Wir freuen uns, einen so gewichtigen Verbündeten in der Landesregierung gewonnen zu haben und erwarten jetzt auch Taten:

■ kurzfristige Maßnahmen wie eine Sommersmogverordnung mit Fahrverboten und Produktionsbeschränkungen

■ und vor allem langfristige Programme zur Verkehrseinsparung wie Geschwindigkeitsbegrenzungen, den Stop des Baus von Fernstraßen und die Erhöhung der Mineralölsteuer um bis zu fünf Mark bis zum Jahr 2000 zum Ausbau des ÖPNV.

Nicht vergessen sollte der Umweltminister im Industrieland NRW allerdings, daß auch die chemische Industrie, die Kraftwerke und die von ihm selbst befürwortete Müllverbrennung ihren Beitrag zu den Schadstofffrachten leisten und wir noch lange nicht in einem schadstofffreien grünen Industrieland leben.

## Asylrecht: Fraktionen ...

Fortsetzung von Seite 4

**Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU) forderte die Regierung auf, „die Frage nach der politischen und administrativen Haltung der Landesregierung zum Problem der Asylbewerber — und zwar insbesondere zu dem der abgelehnten Asylbewerber — dringend zu klären“.

**Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN) wunderte sich über die Verachtung und Kälte, mit der in einer Wohlstandsgesellschaft über Menschen gesprochen werde, deren Fluchtmotive von vornherein für unehrenhaft erklärt würden. Nicht wer aus Not hierhin fliehe, mißbrauche das Asylrecht, sondern derjenige, der es durch rechtliche oder politische Maßnahmen einschränken wolle.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) schloß die Debatte mit der Feststellung ab, es gebe kein Vollzugsdefizit bei den Abschiebungen. Im übrigen gebe es noch keine Entscheidung der Landesregierung darüber, ob den Roma ein Bleiberecht zustehe.

## Landtag stimmt ab ...

Fortsetzung von Seite 11

Abstimmungen in den Landtagen erschweren die Gespräche. Nachdruck für seine Position sei nicht erforderlich.

**Dr. Helmut Linssen** (CDU) widersprach, es sei vornehmste Aufgabe des Parlaments, der Regierung eine Meinung mit auf den Weg zu geben.

**Professor Dr. Friedhelm Farthmann** (SPD) bemerkte, Übereifer sei fragwürdig. Sein Eintreten für Berlin datiere vor dem Engagement für Thüringen.

**Dr. Achim Rohde** (F.D.P.) hielt eine klare Position des Landtags für sinnvoll.

**Dr. Bärbel Höhn** (GRÜNE) verteidigte die namentliche Abstimmung mit dem Hinweis auf demokratische Strukturen, die gegenüber der Arroganz der SPD durchgesetzt werden müßten.

### LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe  
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,  
Postfach 1143.

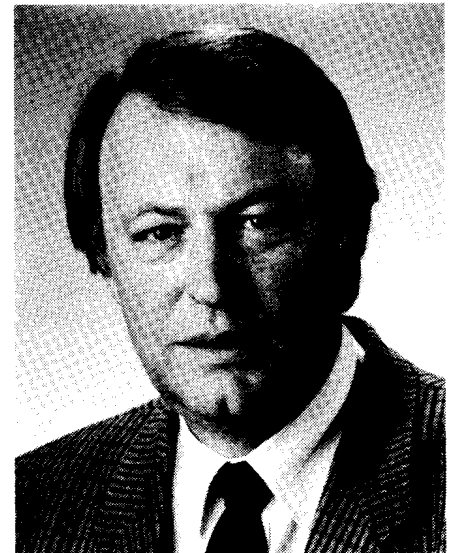
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner  
(Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304  
und 884 2545, btx: # 56801\*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher  
des Landtags

Redaktionsbeirat: Gerhard Wendzinski MdL  
(SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer;  
Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer  
Geschäftsführer; Hagen Tsochoelsh MdL  
(F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer;  
Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete;  
Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas  
Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Mar-  
ten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

## Porträt der Woche



Heinrich Dreyer (CDU)

*Heinrich Dreyer wurde zu einem Zeitpunkt Mitglied der CDU, als die Partei in Nordrhein-Westfalen die Regierungsverantwortung einbüßte: 1966. War der Beitrittsentschluß Dreyers eine Art Trotzreaktion nach dem Motto: Nun erst recht? „Nein“, sagt der Landtagsabgeordnete aus Löhne im Kreis Herford, „ich war damals als Vertreter der Christlichen Jugend Beauftragter für politische Bildung.“ „Da“, so fährt Dreyer fort, „erschien es mir irgendwie ehrlicher, mich zu meiner politischen Überzeugung auch als Mitglied in der CDU zu bekennen.“ Eine Mitgliedschaft etwa bei den Sozialdemokraten habe er sich nicht vorstellen können, er sei schon vor 1966 langjähriger Unions-Wähler gewesen.*

*Der 55jährige ist ein Mann der Sozialausschüsse CDA, er spricht von „seiner politischen Heimat“. Im Landtag, dem er seit 1975 angehört, befaßte sich Dreyer zunächst mit Sozialpolitik. „Mein politisches Standbein war zehn Jahre lang die Sozialpolitik, Verkehrspolitik war das Spielbein.“ Seit 1985 ist es umgekehrt. Als Bundesbahn-Beamter hat sich Dreyer beurlauben lassen; er lebt von und für die Politik. Ein Landtagsmandat werde als Vollzeitjob angesehen, da könne der Bürger auch erwarten, daß er sich mit seiner ganzen Arbeitskraft für das Mandat einsetze. Bei Freiberuflern sei das vielleicht anders, räumt Dreyer ein; er könne anders als Freiberufler ohne Probleme wieder zur Bahn zurück nach Beendigung des Mandats.*

*Das Ende als Abgeordneter sieht er noch längst nicht gekommen. Ob er jemals mit der Bundespolitik, mit einem Mandat als Bundestagsabgeordneter, geliebäugelt habe? „Nein, nie“, sagt Dreyer. „Ich komme aus der Kommunalpolitik, habe die Landespolitik stets als Kommunalpolitik mit anderen Mitteln betrachtet. Bonner Politik ist abstrakter, hier im Landtag ist man politisch näher an den Menschen und deren Problemen.“*

*Sehr überzeugt zeigt sich der Sozialausschüßler vom CDU-Bundesvorsitzenden Kanzler Kohl, dem er ausgezeichnete Führungseigenschaften bescheinigt. Kohl könne Menschen zur Leistung motivieren, könne qualifizierte Menschen neben sich dulden. Den Einwand: „Und was war mit Geißler?“ läßt Dreyer nicht gelten. Geißler sei erst von Kohl gefeuert worden, nachdem er ihn als untreu empfunden habe.*

*Als nordrhein-westfälischer Politiker plädiert Dreyer nicht für den vollständigen Umzug der Bundespolitik von Bonn nach*

*Berlin. Gut, Berlin könne Hauptstadt sein, aber auch andere Länder hätten schließlich Hauptstadt und Stadt des Regierungssitzes getrennt. Der Bundespräsident könne in Berlin seinen Amtssitz haben, auch eine Fülle von Parlaments-Sitzungen dort sei möglich.*

*Als Verkehrspolitiker im Landtag bekennt sich der Abgeordnete zur Magnetbahn „Transrapid“ als einer technischen Innovation, welche die Geschwindigkeitslücke zwischen Flugzeug einerseits und Straße sowie Schiene andererseits schließe. „Transrapid ist auch industriepolitisch von großer Bedeutung, in dieser Technik sind wir Japan um fünf Jahre voraus.“ Die Landesregierung vollführe hier einen politischen Eiertanz. Dreyer setzt sich ferner für mehr Straßenbau in NRW ein. Bis zum Jahre 2000 werde es 4,5 Millionen zusätzlicher Fahrzeuge auf unseren Straßen geben, man brauche also aus Sicherheitsgründen zusätzlich Ortsumgehungen und Autobahn-Teilstücke. Dreyer nennt die A33 in Ostwestfalen, die A30 (Nordumgehung Bad Oeynhausen) A44 im Revier, die Sechsspurigkeit von A2 und Ruhrschnellweg, der heute „Ruhrschleichweg“ heiße. Auch die Verlängerung der A44 in die DDR hinein sei sinnvoll. Alle Maßnahmen seien an NRW-Verkehrsminister Zöpel (SPD) gescheitert.*

*Der Privatmann Heinrich Dreyer, dessen Haus auf einem 2000 Quadratmeter großen Grundstück steht, arbeitet oft im Garten, liest jeden Tag, oder besser jede Nacht, ein paar Zeilen (früher nur Sachbücher, jetzt auch Belletristik). Außerdem malt er, bevorzugt Landschafts-Aquarelle. Die vier Kinder sind längst aus dem Größten raus — zwischen 20 und 29 Jahren, aber ohne den Hang, sich wie der Vater politisch zu engagieren.*

Reinhold Michels

*(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)*

## Zur Person

### Geburtstagsliste

Geburtstage im Juli

- 4. 7. **Ernst-Otto Stüber** (SPD), 50 J.
- 7. 7. **Beatrix Philipp** (CDU), 45 J.
- 8. 7. **Heinrich Dreyer** (CDU), 55 J.
- 8. 7. **Gisela Nacken** (DIE GRÜNEN), 33 J.
- 9. 7. **Otti Hüls** (CDU), 48 J.
- 11. 7. **Hans Alt-Küpers** (SPD), 42 J.
- 16. 7. **Heinz-Helmich van Schewick** (CDU), 50 J.
- 18. 7. **Wolfram Dorn** (F.D.P.), 66 J.
- 18. 7. **Dr. Georg Twenhöven** (CDU), 49 J.
- 19. 7. **Friedrich Schreiber** (SPD), 56 J.
- 20. 7. **Donata Reinecke** (SPD), 46 J.
- 25. 7. **Karl Böse** (SPD), 50 J.
- 27. 7. **Klaus Strehl** (SPD), 47 J.
- 28. 7. **Franz-Josef Pangels** (CDU), 55 J.
- 30. 7. **Dr. Jürgen Schwericke** (CDU), 59 J.
- 31. 7. **Lothar Niggeloh** (SPD), 51 J.

Geburtstage im August

- 1. 8. **Ellen Werthmann** (SPD), 53 J.
- 3. 8. **Dr. Klaus Heugel** (SPD), 54 J.
- 4. 8. **Karin Hussing** (CDU), 49 J.
- 7. 8. **Vera Dedanwala** (SPD), 47 J.
- 10. 8. **Volkmar Schultz** (SPD), 52 J.
- 13. 8. **Dietrich Kessel** (SPD), 49 J.
- 14. 8. **Gudrun Reinhardt** (CDU), 51 J.
- 16. 8. **Brigitte Schumann** (DIE GRÜNEN), 44 J.
- 17. 8. **Marianne Paus** (CDU), 55 J.
- 18. 8. **Dr. Hans Horn** (CDU), 57 J.
- 19. 8. **Bodo Hombach** (SPD), 38 J.
- 20. 8. **Wolfgang Drese** (SPD), 47 J.
- 21. 8. **Ilka Keller** (CDU), 46 J.
- 23. 8. **Dr. Annemarie Schraps** (CDU), 54 J.
- 24. 8. **Horst Sommerfeld** (SPD), 60 J.
- 26. 8. **Karl Nagel** (CDU), 62 J.
- 26. 8. **Dr. Renate Möhrmann** (CDU), 56 J.
- 28. 8. **Edgar Moron** (SPD), 49 J.
- 30. 8. **Gerhard Mai** (DIE GRÜNEN), 33 J.
- 31. 8. **Dr. Rolf Krumsiek** (SPD), 56 J.
- 31. 8. **Herbert Reul** (CDU), 38 J.

★

**Ingeborg Friebe**, Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen und Bürgermeisterin der Stadt Monheim, wurde am 18. Juni 1990 in Braunschweig auf der Sitzung des Rates der Gemeinden Europas — Deutsche Sektion —, dessen Hauptausschuß sie bisher angehört hatte, als Mitglied des Präsidiums gewählt.

★

**Christa Thoben** (CDU), in der 9. und 10. Legislaturperiode Abgeordnete der CDU und wirtschaftspolitische Sprecherin ihrer Fraktion, ist neue Hauptgeschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer zu Münster. Mit Frau Thoben wurde am 1. Juli 1990 zu ersten Mal in der über 300jährigen Geschichte deutscher Industrie- und Handelskammern einer Frau die Leitung einer bundesdeutschen IHK übertragen. Die IHK Münster, zu deren Bezirk neben dem Münsterland auch das nördliche Ruhrgebiet gehört, zählt zu den fünf größten der 69 Industrie- und Handelskammern in der Bundesrepublik.

★

**Richard Winkels**, ehemaliger SPD-Landtagsabgeordneter, hat seinen 70. Geburtstag begangen. Der Politiker aus Warendorf und Präsident des Landessportbundes mit 19000 Mitgliedern, war während der neunten Legislaturperiode auch Vizepräsident des Landtags.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



**Mehr als 200000 Besucher** kommen Jahr für Jahr nach Telgte, um das Telgter Gnadenbild, jene Pieta zu sehen, die ein unbekannter westfälischer Meister um 1370 geschaffen hat, und die seither von den Christen des Münsterlandes und des Osnabrücker Raumes verehrt wird. Einige Monate in diesem Jahr stand die Holzplastik der Muttergottes mit dem sterbenden Christus auf dem Schoß nicht mehr in der Wallfahrtskapelle zu Telgte, sondern auf dem Sockel eines umgebauten Zahnarztstuhls in der Restaurierungswerkstatt des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) in Münster. Bereits Ende der 70er Jahre hatte ein Notruf der Kirchengemeinde St. Clemens und des Bischöflichen Generalvikariats die Fachleute des Landschaftsverbandes auf den Plan gerufen. Die Farbe des Gnadenbildes war abgeblättert. Schon damals bei einer provisorischen Reparatur stand fest, daß sich eine grundlegende Konservierung nicht umgehen lassen würde. Die hat John R. Farnsworth nun in der Restaurierungswerkstatt des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege vorgenommen: mit modernsten Hilfsmitteln, so der Endoskopie und dem Röntgen in einer Klinik. Inzwischen ist der Bestand gesichert und das Telgter Gnadenbild wieder an seinem angestammten Platz. Viermal im Jahr wird es übrigens durch die Telgter Straßen getragen — traditionsgemäß von Mitgliedern der Bäckerinnung. Foto: Brockmann, Westfälisches Amt für Denkmalpflege